Z E 109

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 2.40 Mark. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7828.

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig, Zeitzer Straße 32, IV., Volkshaus. Telephonruf 7503.

Schluß des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Anzeigengebühr für die dreigespaltene Kleinzeile 1.— M. Anzeigen werden nur bei vorheriger Einsendung der Kosten aufgenommen.

Nr. 1. Sonnabend, den 3. Januar 1920. 24. Jahrgang.

Lohnbewegungen.

Gesperrt sind: Betrieb des Steinmetzmeisters Schumann in Olbernhau. Firma M. Hocke in Kaiserslautern, die Steinmetzbetriebe in Göttingen, Granitwerk Hornberg (Schwarzwald).

Göppingen. Sämtlichen Kollegen wurde zum 3. Januar gekündigt.

Schlesische Sandsteinindustrie. Vor dem Schlichtungsausschuß in Görlitz wurden den Akkordarbeitern 10 Prozent auf die bereits bestehenden 160 Prozent, den jugendlichen unter 20 Jahren 10 Pf. und den übrigen 20 Pf. Stundenlohnerhöhung zugesprochen. Nachzahlung ab 1. Dezember 1919.

Sächsischer Sandstein- und Marmorbezirk. Die Teuerungszulagen in der Sandstein-Industrie wurden um 50 Pf. pro Stunde, von 2.90 M. auf 3.40 M., die Zuschläge auf die Akkordarbeit von 190 Prozent auf 240 Prozent erhöht. Diese Erhöhungen treten in zwei Etappen in Kraft, und zwar ab Lohnwoche vom 1. Januar 1920 Stundenlohn 3.15 M., Akkord 215 Proz.; in der Lohnwoche vom 1. Febr. bzw. 30. Jan. 1920 Stundenlohn 3.40 M., Akkord 240 Prozent. — Für Marmorarbeiter wird der Stundenlohn von 2.60 auf 3.25 M. erhöht; es werden für Hauer und Fräser in der Lohnwoche ab 1. Januar 1920 Stundenlohn 3 M. und in der Lohnwoche vom 1. Februar 1920 3.25 M. bezahlt. Schleifer erhalten in jeder Staffel 15 Pf. pro Stunde weniger. Für die Vereinbarung in der Marmorindustrie bedarf es noch der Zustimmung der Arbeitgeber insgesamt bis 30. Dezember. Im übrigen gelten die Bestimmungen der Vereinbarung vom 16. September 1919.

Treuchtlingen. Im Juramarmorgebiet wurden die Lohnsätze unserer Kollegen ab 19. Dezember 1919 um weitere 25 Prozent erhöht.

Kalksteinbezirk Wülfrath (Rhld.). Unter dem Vorsitz des Reichs- und Staatskommissars Severing fanden in Vohwinkel mit den Direktionen der Kalksteinindustrie und den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft Verhandlungen statt. Erreicht wurde, daß die restlichen 5 Prozent des Schiedsspruches ab 1. August jetzt zur Auszahlung gelangen. Wegen Erneuerung des Arbeitsvertrages finden weitere Verhandlungen statt.

Dortmund. Die Verhandlungen mit der Direktion der Westdeutschen Marmor- und Granitwerke brachten eine Einigung auf folgender Grundlage: Stundenlohn für Hauer und Schleifer 3 M. Die Arbeiterinnen erhalten eine Zulage von 15 Prozent. Hilfsarbeiter Stundenlohn 2.25 M. bis 2.50 M. Die neue Vereinbarung läuft auf unbestimmte Zeit, sie kann gegenseitig mit 1 Monat Frist gekündigt werden.

Bonn. Der Stundenlohn der Hauer und Polifeure beträgt jetzt 3.10 M.

Ausland. Kopenhagen, Dänemark. Etwaige Arbeitsangebote nach Kopenhagen sind abzulehnen, da die Kollegen dort in Lohnbewegung stehen. Schriftliche Erkundigungen beim Vorsitzenden C. Brandt, Kopenhagen, L. Husumgade 48.

Lohn- und Preisstatistik-Lohnhöhe „gleitende Lohnskala".

Gelegentlich der Besprechung der Anregung unseres Kollegen Schuster in Nr. 51 unseres Organs wurde unter anderm auf das Fehlen einer amtlichen Preisstatistik hingewiesen, die bei Tarifverhandlungen als einwandfreie Unterlage zu dienen hat. Bekanntlich wird bei jeder Beratung mit den Arbeitgebern um Lohnforderungen wohl in jedem Beruf, jede Partei das Zahlenmaterial der andern Partei mit Mißtrauen behandeln. Obgleich allgemein eine Aenderung im Preisverhältnis der Gebrauchsgüter nicht bestritten wird und werden kann, gehen doch die Auffassungen über die tatsächlich eingetretene Höhe der Steigerung immer auseinander. Bisher lieferten wohl ziemlich die einzige Unterlage Richard Calwers Monats-Uebersichten über Lebensmittelpreise, die sich auf Beobachtungen von 200 Orten im Deutschen Reiche erstrecken. Auch dieses Material wird kritisch bewertet, weil es von privater Stelle ohne den großen amtlichen Apparat gesammelt und verarbeitet wird. Ja, wir konnten kürzlich in einem Gewerkschaftsblatt lesen, daß mit den Calwerschen Ziffern viel Unfug getrieben wird. Das ist nun so eine Behauptung, der im Grunde ein Zweifel über die Zahlenrichtigkeit anhängt. In dieser Form ist es nicht einmal von Arbeitgeberseite behauptet worden. Es ist deshalb zu begrüßen, wenn diesem Mangel einer amtlichen Statistik auf wirtschaftspolitischem Gebiet durch Maßnahmen der Reichsregierung Abhilfe geschaffen werden soll. Bei den Etatsberatungen wurden 500 000 M. zunächst auf ein halbes Jahr zu diesem Vorhaben bewilligt. In der Begründung heißt es:

„Die Statistik bezweckt zunächst die Festlegung der tatsächlich bezahlten durchschnittlichen Löhne sowie die Aufzeichnung der in den in Frage kommenden größeren und mittleren Orten für die Lebenshaltung aufzuwendenden Mittel. Sie soll die Unterlagen zur Schaffung von örtlichen Bedürfnisklassen bilden, ohne die eine gesunde Entwickelung des Tarifvertragswesens nicht denkbar ist. Auf Grund der Statistik wird sich die Berechtigung von Lohnforderungen jederzeit prüfen und ein gerechter Ausgleich der Löhne ermöglichen lassen."

Ende Oktober 1919 hat dann im Reichsarbeitsministerium eine Besprechung mit Vertretern der statistischen Aemter des Reiches und Einzelstaaten, den Arbeitgebern und Arbeitnehmern stattgefunden, um die nötigen Vorbereitungen zu dieser notwendigen Statistik zu treffen. Aus den dort gegebenen Darlegungen ging hervor, daß es sich bei der Lebenshaltungsstatistik nicht darum handeln soll, Durchschnittsziffern über den tatsächlichen Konsum zu gewinnen, sondern daß unter Zugrundelegung eines angenommenen Konsums an Lebensmitteln, Wohnung, Feuerungsmaterial usw. die Durchschnittspreise dieses Lebensbedarfes für die verschiedenen Städte und Gegenden ermittelt werden sollen, um auf diese Weise Vergleichszahlen über die Kosten der Lebenshaltung in den verschiedenen Gegenden Deutschlands zu gewinnen. Ebenso soll die geplante Lohnstatistik weniger dazu dienen, absolut einwandfreie Zahlen über die Lohnhöhe nach dem Muster der üblichen Statistiken zu ermitteln, als vielmehr dazu, für die einzelnen Berufsgruppen aus einer größeren Anzahl von Betrieben Durchschnittsziffern über die Höhe der Löhne bzw. Gehälter festzustellen, die ebenfalls in erster Linie einen Ueberblick über die an verschiedenen Orten tatsächlich gezahlten Löhne und Gehälter ermöglichen sollen.

Eine Kommission wurde eingesetzt, um die Grundlagen dieser statistischen Erhebung festzustellen, sie bekam die größte Beschleunigung mit auf den Weg, damit die Ergebnisse bei der Erneuerung der Tarifverträge im kommenden Frühjahr noch benutzt werden können. In dieser Besprechung wurde noch dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß mit Rücksicht auf das Finanzelend im Reiche, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisation zu den Kosten der Statistik beitragen. Letztere wird regelmäßig veranstaltet. Die Vorarbeiten sind also bereits getroffen und die Erhebung wohl schon eingeleitet. Wir müssen begrüßen, daß nunmehr diese Lücke endlich ausgefüllt wird.

Die Deutsche Technikerzeitung weist darauf hin, daß diese Ermittelung von Index-Ziffern für den Lebensunterhalt in England bereits seit langem durchgeführt ist. Die mit den Unternehmern vereinbarten Lohnskalen lehnen sich eng an diese Statistiken über den „standard of life" (Maß der durchschnittlichen Lebensbedürfnisse eines Volkes) an. Es nimmt deshalb nicht wunder, daß die englische Besatzungsbehörde im linksrheinischen Gebiet diese in England verbreitete Methode auch hier anwendet und z. B. der Stadt Solingen anläßlich eines Lohnkampfes in der Klein-Eisenindustrie aufgegeben hat, den „standard of life" zu ermitteln. Daraufhin hat das städtische Lebensmittelamt in Solingen unter Hinzuziehung von 7 Gewerkschaftsbeamten und drei Hausfrauen das Existenzminimum für eine vierköpfige Arbeiterfamilie im Solinger Industriebezirk festgesetzt, und die Kommission ist dabei einstimmig zu folgendem Ergebnis gekommen:

a) Rationierte Lebensmittel 65.30 M. b) Freie Lebensmittel 77.85 M. c) Verschiedene Ausgaben 96.35 M. Die Aufstellung stammt vom 4. November 1919; nach ihr sind für die vierköpfige Normalfamilie wöchentlich 240 M., also monatlich 1040, jährlich 12 480 M. erforderlich. Dabei ist zweifellos noch manches in der Aufstellung sehr niedrig angesetzt, wie z. B. Kohlen, Miete und Steuern. Außerdem ist auch nur eine Familie von vier Köpfen zugrunde gelegt.

Aber dennoch ist diese Aufstellung von außerordentlichem Wert, da sich an ihrer Hand leicht Grundlagen für die übrigen Orte aufstellen lassen, die bis zur Durchführung des oben dargelegten Planes der deutschen Regierung als vorläufige Anhaltspunkte dienen können. Unter Zugrundelegung der Berliner Marktpreise würde sich ergeben, daß eine vierköpfige Familie monatlich über 1500 M. benötigen würde.

Material für die Erhöhung der Kosten der Lebenshaltung bietet auch ein neuer Aufsatz von Dr. Kuczynski in der Tagespresse, in dem er ausführt, daß die Kosten der Lebenshaltung infolge der Preiserhöhungen für Brot und Zucker abermals gestiegen sind. In Berlin kostet jetzt Brot dreimal soviel wie vor dem Kriege, Milch viermal soviel, Butter und Zucker fünfmal soviel, Kartoffeln sechsmal soviel, Margarine siebenmal soviel. Bei den meisten Waren, die dem freien Handel überlassen sind, ist die Preissteigerung noch größer. Eier z. B. sind zwanzigmal so teuer als vor dem Kriege. Das gleiche gilt für Butter im Schleichhandel. Beschränkt man sich auf die rationierten Mengen, so ergibt sich im ganzen eine Verteuerung auf annähernd das Fünffache. Das ergibt geradezu unheimliche Lebenshaltungskosten, deren Ziffern den Tiefstand unserer Lebenshaltung grell beleuchten. Wohl kein Arbeiter und Angestellter verfügt annähernd über das als notwendig ermittelte Einkommen. Dr. Kuczynski schreibt dazu weiter: „Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 19.21 M. zahlen muß, konnte man vor sechs Jahren für 3.97 M. kaufen. Will man aber diese dürftige Kost, die knapp drei Fünftel des Nahrungsbedarfs eines erwachsenen Mannes zu decken vermag, im freien Handel oder im Schleichhandel ergänzen, so wird man finden, daß man, um satt zu werden, im ganzen wohl sechs- bis siebenmal soviel ausgeben muß als vor dem Kriege. Leider beschränkt sich die Preissteigerung nicht auf die Ernährung. Sie ist mindestens ebenso groß für Kleidung, Beleuchtung und Heizung. Die einzige wichtige Ausgabe, die nicht sehr viel höher geworden ist, ist die Miete, und diese schafft in der Tat einen kleinen Ausgleich. So wird man vielleicht zu dem Schluß kommen, daß das Leben heute für den Angestellten und Arbeiter in Groß-Berlin etwa fünf- bis sechsmal so teuer ist als vor dem Kriege.

Es hieße den Tatsachen Gewalt antun, wollte man behaupten, auch das Einkommen der Angestellten und Arbeiter sei auf das Fünf- bis Sechsfache gestiegen. Man würde sogar schon zu günstig rechnen, wenn man im Durchschnitt eine Vervierfachung annehmen wollte. Der Reallohn ist also heute viel niedriger als vor dem Kriege. Man wird den Rückgang auf mindestens ein Drittel schätzen müssen. Man würde sich aber täuschen, wenn man glaubte, durch eine entsprechende Erhöhung der Geldlöhne wieder den alten Reallohn erreichen zu können. Denn eine solche allgemeine Erhöhung der Geldlöhne würde die Teuerung noch mehr verschärfen, weil dadurch die Kaufkraft der Massen gesteigert würde, ohne daß gleichzeitig die vorhandenen Warenmengen vermehrt würden, und weil die Ausgaben von Reich, Ländern und Gemeinden dadurch gesteigert und somit die schwebenden öffentlichen Schulden, deren dauernde Zunahme der Hauptgrund für das Sinken des Geldwertes ist, noch weiter vermehrt würden. Nach Lage der Dinge erscheint es zur Zeit unmöglich, die Angestellten und Arbeiter wieder in den Genuß ihres alten Reallohnes zu versetzen. Das kann nur geschehen, wenn unsere öffentlichen Finanzen durch Abbürdung der schwebenden Schulden mittels einer wirklich einmaligen großen Vermögensabgabe und durch Anpassung der Einnahmen an die Ausgaben saniert werden."

Das Mißverhältnis zwischen Lohn und Preissteigerung ist in Deutsch-Oesterreich durch den Tiefstand des Kronenkurses noch bedeutend größer als wie in Deutschland. Alle Lohnerhöhungen sind nicht imstande, den Arbeitern auch nur das notwendigste Leben zu ermöglichen. Verschiedene Versuche, um die Entlohnung unabhängig von der Preissteigerung zu gestalten, so durch Lebensmittellieferungen, die im Schleichhandel erworben und zum Selbstkostenpreis an die Arbeiter abgegeben wurden, erwiesen sich als unzulänglich, je mehr die Kaufkraft der Krone sank. Ein Wiener Genosse schreibt darüber der Breslauer Volkswacht vom 6. Dezember:

„Die Republik hat noch ein neues Mittel angewandt, das in der Unmöglichkeit der Versorgung aus der Inlandsproduktion seinen Ursprung nahm. Der Staat kauft die Lebensmittel im Ausland ein und verkauft sie zu den für die [illegible] Preisen. Aber je tiefer die Krone sank, je höher [illegible] die Preise stiegen, um so mehr [illegible] der Staat [illegible] Lebensmittel draufzahlen. Im August hat der Staat an diesen Lebensmitteln über 40 Prozent verloren; er konnte [illegible] noch einigermaßen tragen, weil die Lebensmittel bis Ende August aus einem alten Dollarkredit verrechnet wurden. Seitdem ist der Verlust aber immer mehr gestiegen und gegenwärtig beträgt er bei Brot und Mehl allein monatlich etwa 300 Millionen Kronen, also mehr als im Frieden das ganze Budget umfaßte."

Man ist nun dort auf einen Vorschlag von Adolf Braun aus dem Jahre 1909 zurückgekommen, der sich „gleitende Lohnskala" nennt. Lohn und Lebensmittelpreise sollen dadurch in ein gewisses Verhältnis gebracht werden, daß der Arbeitslohn, durch Tarifvertrag für eine bestimmte Zeit festgelegt, aus einem festen und einem beweglichen, je nach den Lebensmittelpreisen wechselnden Teil bestehen soll. Beratungen mit der Regierung, Arbeitgebern und Arbeitnehmern haben nun auf Vorschlag der österreichischen Gewerkschaftskommission zur Einsetzung einer Lohnkommission geführt, die einen Grundlohn als Existenzminimum sichern soll, auf dem eine gleitende Skala von Zulagen nach dem Stande der Lebensmittelpreise aufgebaut werden soll. Die Vertreter der Unternehmer haben sich gegen diese Forderung nicht durchaus ablehnend verhalten; sie verlangten nur, daß man sich außer mit der Lohnfrage auch damit beschäftige, die Bedingungen zu schaffen, um die Löhne erhöhen zu können und die Produktion zu sichern. Es wurden auch eine Reihe von Unterkomitees eingesetzt, die sich außer mit der Lohnfrage mit den Fragen der Produktion, der Rohstoff-Beschaffung, der Handelspolitik und vor allem mit dem Schmerzenskind der Industrie, mit der Sachdemobilisierung und der Liquidierung der Forderungen der Industriellen an die alte Monarchie befaßte. Alle diese Unterkomitees sind bereits in vollster Arbeit, einige haben bereits in der Industriekonferenz Bericht erstattet. Das Unterkomitee für Ernährungs- und Lohnfragen hat natürlich die gründlichste Arbeit zu leisten. Hier haben die Vertreter der Gewerkschaften einen Vorschlag vorgelegt, der auf folgenden Grundlagen beruht:

Der Gesamtverdienst eines Arbeiters wird für die einzelnen Industrien für den 1. November ermittelt. Die für die Zeit vom 1. August bis Ende November errechnete Indexziffer über die Steigerung der Lebenskosten wird als Teuerungszulage vom 1. Dezember an festgesetzt. Danach sollen sowohl für Einzelarbeiter als für Familienväter — je nach der Zahl der Angehörigen, die sie zu versorgen haben — und für die einzelnen Berufe Zuschläge von den zuständigen Organisationen vereinbart werden. Am 15. jeden Monats sollen diese Indexziffern von neuem berechnet werden und als Grundlage für die Berechnung der Teuerungszulagen dienen. Es wird nun noch einige Zeit dauern, bis auf dieser Grundlage in Deutsch-Oesterreich eine gewisse Verständigung zustande kommt. Doch betonen möchten wir, daß nach unserer Auffassung die „gleitende Lohnskala" in stabilen Wirtschaftsverhältnissen wohl das wichtige Problem: Lohnhöhe — Lebenshaltung — Preissteigerung zum größten Teil lösen kann; jedoch unter den heutigen Zuständen unserer Wirtschaftslage nicht. Dazu müssen erst noch andere Ursachen beseitigt werden, um die Spannung zwischen Lohn und Lebenshaltungskosten auszugleichen. Wir haben schon in früheren Artikeln mehrfach auf diese Ursachen hingewiesen und können uns deshalb eine Wiederholung sparen. Die deutsche Arbeiterschaft führt seit Jahr und Tag einen fortwährenden, erschöpfenden Ringkampf, ohne der Lösung näher zu kommen. Während des Krieges waren es dessen Folgen, jetzt sind es die Folgen der Kriegsniederlage, die unsere Wirtschaftslage und -politik mehr wie erschüttert haben. Lohn und Lebenshaltung sind damit eng verknüpft. Wir müssen uns sozusagen vorläufig durchfretten bis die Rohstoffnot nach und nach beseitigt und dem Wirtschaftsleben die nötige Unterlage wieder gekommen ist. Dann ist für uns die „gleitende Lohnskala" schon eher diskutabel.

Besucht die Zahlstellenversammlungen.

Im Januar jeden Jahres finden in den Zahlstellen die sogenannten Generalversammlungen statt; in dieser Bezeichnung liegt die Wichtigkeit der Zusammenkunft, denn es wird dort Bericht gegeben über die Tätigkeit der örtlichen Verwaltung im verflossenen Jahr. In organisatorischer und agitatorischer Hinsicht, über Kassenwesen, Resultat der Revisionen, kurzum über alles, was mit dem Organisationsleben der Zahlstelle in Verbindung steht. Ferner erfolgt in den Januar-Versammlungen die Neuwahl der tätigen Kollegen. Es darf deshalb den Mitgliedern nicht gleichgültig sein, wem sie künftig die Vertretung ihrer Interessen am Ort übertragen, weiter darf ihnen nicht gleichgültig sein, wie ihre Interessen im verflossenen Jahre vertreten wurden. War die Vertretung, wie überhaupt die Arbeit der Funktionäre zufriedenstellend, dann karge man nicht mit Worten der Anerkennung. Denn es muß immer bedacht werden, daß alle Tätigkeit für die Gesamtheit am Ort, außer Ueberzeugung viel Begeisterung verlangt unter Nichtachtung der eigenen persönlichen Interessen. Freie Stunden, die andere Mitglieder zu Hause verwenden können oder sonst zur Erholung benutzen, haben die Funktionäre der Organisation wenig; sie haben ihre laufenden Aufgaben, die immer durch neue ersetzt werden. Und wenn manches Mitglied sich mit seinem Ehegespons bereits im warmen Bette befindet, eilen die Mitglieder der Ortsverwaltungen in die Sitzungen und Beratungen, [illegible] zu eigenen Sitzungen, des Gewerkschaftskartells oder sonstiger Beratungen, wozu die Organisation verpflichtet; oder auch sie sitzen beim Herzenschein und erledigen schriftliche Arbeiten. Alle diese persönliche Arbeit wird oft aufgewogen durch ein Wort der Anerkennung und mit frischem Mut wird dann die weitere Arbeit gern übernommen. Damit soll durchaus nicht gesagt werden, daß nun alles unbesehen hingenommen und gutgeheißen wird. Nein, auch berechtigte und [illegible] Kritik fördert die Arbeitsleistung, [illegible] [illegible] Erst recht dann, wenn der Betreffende weiß, das Möglichste geleistet zu haben. Es muß wohl auch gesagt werden, daß manche Familienzerwürfnisse durch die Organisationsarbeit schon hervorgerufen wurden. Das wissen alle unsere tätigen Kollegen und mancher kann davon erzählen. Einzelne Frauen und Mütter haben kein Verständnis für die notwendigen Arbeiten in der Organisation und sie können nicht verstehen, weil gerade ihr Mann oder ihr Sohn das Vertrauen der Kollegen hat und nicht ein anderer [illegible] es ausführen. [illegible] schließlich nicht [illegible] Mißverständnisse in der Familie, die den [illegible] Kollegen [illegible] werden [illegible], sondern die bedauerliche Isolierung [illegible] die [illegible] und [illegible] für die Frau, [illegible]. [illegible] haben dafür [illegible] [illegible] und [illegible] sollen [illegible] Arbeiter. [illegible] darf [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] Verdruß, wenn andere

[illegible] der Familie ein Vergnügen ersinnen [illegible] Konflikte schaut [illegible] dem [illegible] für die Organisation tätig ist. Daraus folgert [illegible], dann aber auch, daß einem [illegible] nicht alles aufgehalst werden darf. Die Arbeit für die Organisation muß auf mehrere Schultern verteilt werden. [illegible] in verschiedenen Orten sind tatsächlich [illegible]. In einer Person haben wir oft vereinigt [illegible] der Zahlstelle, Vorsitzender, Kartelldelegierter, [illegible], Arbeiterausschuß, Arbeiterratsmitglied usw. [illegible] für die Partei. [illegible] nicht nur mit allerhand persönlichen Ausgaben [illegible], die angedeutete Isolierung der [illegible]. Solche Zustände dürfen in einer Zahlstelle nicht [illegible]. Es ist auch insofern kein erfreulicher [illegible], dann die Anhäufung aller möglichen Funktionen auf eine Person, der nötige Nachwuchs, die Schulung und [illegible] unterbunden wird. Kommt [illegible], ein Rückzug oder ernstliche Erkrankung [illegible], dann muß der ganze Organisationsapparat in Stockung geraten und damit eine Schädigung der Arbeiter [illegible]. Diese Folgen mögen unbedingt beachtet [illegible] in den sogenannten Generalversammlungen der Zahlstellen, in denen die Neuwahl der [illegible] erfolgt. [illegible] „parlamentarisch" [illegible] „ich verzichte!" und wenn es [illegible] nach und nach gezogen wird, [illegible] die Tätigkeit für die Organisation [illegible] unnützer und unbegründeter Kritik der [illegible] den größeren Kreis der Einblick in das [illegible] Organisation ein tieferer und verständiger wird. [illegible] ein öfterer Wechsel im [illegible] werden; es kann nicht empfohlen werden, [illegible] wie es auch vorkommt, alle Vierteljahr die Ortsverwaltung [illegible] zu verzeichnen, ist es mit der Betätigung [illegible] immer schlecht bestellt.

[illegible] wird die Nase rümpfen und denken, das ist alles [illegible] was die Redaktion hier schreibt; gewiß sind es alte Sachen, aber [illegible] neu, weil immer wieder neue Mitglieder [illegible], die für die Organisationsarbeit [illegible] werden müssen. Manchem „Alten" [illegible] Anfangsgründe noch einmal zu lesen. Es [illegible] über die einzelnen Vorstandspersonen, ihre Aufgaben und über die Voraussetzungen zum „Amt", zu dem [illegible] gewählt werden. Ueber Vorsitzender, Kassierer, Schriftführer, [illegible], Rlaffisierer und Zeitungsverbreiter sagt unser Statut [illegible] die immer noch Geltung haben und die in jeder Zahlstelle Gemeingut werden müßten.

[illegible] Berichte aus den Zahlstellen im „Steinarbeiter" [illegible], findet in jedem zweiten Bericht die Klage über schlechten Versammlungsbesuch. Alle Klagen und Lamentos helfen da anscheinend nicht, auch nicht Strafbestimmungen, die an einzelnen Orten [illegible] sind in Form von Geldstrafen. Mit letzteren wird der Versammlungsbesuch nicht in dem Maße gefördert wie wir es [illegible], denn das Mitglied soll nicht in die Versammlung gehen [illegible] einige Nickel oder Scheine einzubüßen, sondern [illegible] für Beruf, Verband und Arbeiterklasse [illegible]. Dazu müssen die Mitglieder [illegible] werden. [illegible] Zahlstellen machen ihre örtlichen [illegible] zu den zentralen [illegible] von einem bestimmten Versammlungsbesuch abhängig [illegible] Erfolge erzielt, denn jeder [illegible] durch Stempel bestätigt. Das ist [illegible]. Jede Verwaltung, die [illegible], den Versammlungsbesuch zu heben, wird mit Eifer [illegible] müssen, die den schlechten Versammlungsbesuch [illegible]. Mit der Erklärung, daß eine weitgehende Gleichgültigkeit unter den Mitgliedern vorhanden sei, kann diese [illegible] Gerade diese Gleichgültigkeit [illegible] zu vermindern. Dazu ist aber in erster Linie erforderlich, die Mitglieder in die Versammlungen und Veranstaltungen der Zahlstelle zu bringen, wo sie Aufklärung und Anregung [illegible] erhalten sollen. In erster Linie [illegible] die Frage vorlegen müssen, ob die Art der Bekanntmachung der Versammlungen auch so erfolgt, daß jedes einzelne Mitglied vom Stattfinden der Versammlung Kenntnis erhält. Ob in dieser Hinsicht das Nötige getan wird, möchten wir [illegible] denn von den kurzen Versammlungsanzeigen [illegible] Zeit und Lokal, die für die Zahlstellen [illegible] im „Steinarbeiter" wenig oder keinen Gebrauch gemacht. [illegible] der Bekanntmachung nur, [illegible]. Wohl wird in den „Großbetrieben" durch mündliche Bekanntmachung auf die Versammlung aufmerksam gemacht. Es [illegible] Kollege oder Kollegin sagen können, daß keine Kenntnis [illegible] hat. [illegible] die Verwaltung in erster Linie zu sorgen. [illegible] Frage wird sein, ob Tag und Stunde für die Versammlung [illegible], daß die größte Mehrheit aller Mitglieder [illegible] der Versammlung beiwohnen zu können.

[illegible] als Mitglieder mit in Frage kommen, eignet sich der Sonnabend nicht.

Auch die Stunde des Versammlungsbeginns ist mit Sorgfalt auszuwählen, weil auch hierbei Rücksichten auf die gegebenen Verhältnisse zu nehmen sind. In Zahlstellen, in denen ein Teil der Mitglieder ¾ Stunde oder 1 Stunde und noch mehr zu Fuß zurückzulegen haben, ehe sie von der Stätte ihrer Arbeit ihre Behausung erreichen, und umgekehrt, werden diese nicht geneigt sein, nach Schluß der Arbeitszeit sich noch einige Stunden am Betriebsorte aufzuhalten lediglich deswegen, um auf den Beginn der Versammlung zu warten. Am besten werden die Verwaltungen, die berechtigten Grund zu Klagen über mangelhaften Versammlungsbesuch haben, probeweise Tag und Stunde des Versammlungsbeginns wechseln, um ermitteln zu können, wie es gemacht werden muß, um möglichst vielen, wenn schon nicht jedem einzelnen Mitgliede, die Möglichkeit zu verschaffen, unsere Versammlungen besuchen zu können.

Eine größere Bedeutung als die vorstehenden Fragen hat: Wie ist die Tagesordnung zu gestalten, um das Interesse der Mitglieder am Versammlungsbesuch und Verbandsleben zu wecken und zu erhalten? Uns will scheinen, daß in dieser Beziehung in manchen unserer Zahlstellen vieles zu bessern ist, und zwar nach den eingesandten Berichten im „Steinarbeiter" zu schließen. Es kommt oft vor, daß nur „Kassenbericht und Verschiedenes" auf der Tagesordnung steht. Im letzten Punkt tauchen dann oft sogenannte Dauerredner auf, die über alles und jedes so lange reden, bis sie auch dem letzten und geduldigsten Zuhörer auf die Nerven fallen. Eine geschickte Versammlungsleitung ist oftmals in der Lage, in letzterem Falle die bessernde Hand anlegen zu können.

Im allgemeinen ist es notwendig, daß die Gesamtverwaltung einer Zahlstelle sich vorher mit der Aufstellung einer Tagesordnung für jede Versammlung befaßt. Es muß hierbei auch Rücksicht genommen werden, daß jede zur Beratung zu stellende Materie auch dem Auffassungsvermögen der Mitglieder angepaßt sein muß. An Beratungsstoff fehlt es niemals. Von allem andern zu schweigen, sei nur einmal daran erinnert, wie notwendig es ist, den Mitgliedern in den Versammlungen unser Verbandsstatut gründlich zur Erörterung zu geben. Es ist nicht zu viel behauptet, wenn wir sagen, ein sehr großer Teil unserer Mitglieder legt das Statut nach dem Empfang beiseite, ohne hineingesehen zu haben, und sieht auch später nicht mehr hinein. Die einfachsten Bestimmungen sind den Mitgliedern nicht einmal im Wortlaut bekannt, viel weniger vermögen sie den Sinn dieser Bestimmungen zu erfassen. Ja, wir behaupten, daß es auch Verwaltungsmitglieder gibt, die mit dem Inhalt des Statuts auf gespanntem Fuße stehen. Es sei daran erinnert, daß ab 1. Januar neue Bestimmungen über die Erwerbslosenunterstützung in Kraft getreten sind, mit denen in erster Linie sich die Verwaltungsmitglieder vertraut machen müssen. Es kommt auch vor, daß Mitglieder des Verbandes aus Unkenntnis des Statuts sich selber schädigen.

Außerdem gibt es Beratungsstoff zur Belehrung und Aufklärung in Fülle. Die Sozialgesetzgebung-, Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherungen, Erwerbslosenfürsorge, Wochenbeihilfe — die Unfallverhütungsvorschriften usw., worüber noch manche Unklarheit besteht. Gewiß sind es trockene Beratungsgegenstände, die aber, weil sie mit dem Arbeiterleben so eng verknüpft sind, immer Beachtung finden müssen. Ein Radikalmittel, um den schlechten Versammlungsbesuch zu steuern, gibt es dagegen nicht; es muß nach den örtlichen und besonderen Mitgliederverhältnissen ausprobiert werden. Aber es wird gelingen, den Versammlungsbesuch zu heben, wenn es den tätigen Kollegen ernsthaft darum zu tun ist. Der Verbandstag, der in wenigen Monaten zusammentritt, bietet in den nächsten Versammlungen Stoff genug. Es gilt neue Bestimmungen zu schaffen und überholtes aus dem Statut auszumerzen. Leistung und Gegenleistung dem veränderten Geldwert anzupassen und die Organisation so auszubauen, daß jeder, der Mitglied geworden ist, seine Freude daran hat. Die Vorbedingung zu alledem ist mitzuraten und mitzutaten in den Versammlungen der Zahlstelle. **Darum fort mit der Versammlungsschwänzerei!**

Nochmals „Unsere Lohnpolitik".

In den Nummern 45 und 47 des „Steinarbeiter" beschäftigen sich zwei Artikel, gezeichnet Schm. und weiter in Nr. 50 ein Artikel, gezeichnet Joh. Doß mit dem Reichstarif für die Granitschleifereien. Zu dem Artikel des Kollegen Schm. möchte ich bemerken, daß derselbe einseitig gehalten ist. Schm., als früheres Vorstandsmitglied, konnte sich die übrigen Lokaltarife beschaffen. Weiter war es falsch, die 130 Prozent Teuerungszulagen mit zur Berechnung zu ziehen, weil dieselben zu gegebener Zeit abgebaut werden können (!), deshalb also nicht dauernd sind. Dem Artikel des Kollegen Doß ist nun seitens der Redaktion eine Anmerkung gefolgt, in der u. a. der Wunsch ausgesprochen wird, die Rostocker Kollegen möchten an Hand von Beispielen den Beweis erbringen, daß Verschlechterungen gegen den früheren Rostocker Tarif eingetreten sind. Seitens der Redaktion wird nun der Vorwurf gemacht, daß Doß die 15 Prozent Ortszuschlag nicht mitgerechnet hat. Das ist allerdings richtig. Ich muß aber anderseits erwähnen, daß den in der Anmerkung angeführten Beispielen die hier für die Jahre 1916/17 und 15 vereinbarten 5, 2 und 3 Prozent gleich 10 Prozent Lohnaufbesserungen auch nicht in Betracht gezogen sind. Bemerken will ich noch, daß mein Freund Doß die schlechteste Position nicht erwähnt hat. Es betrifft das das Fugenschleifen. Hier ist bisher das Fugenschleifen im Stundenlohn gemacht. Für Fugen an Postamenten und Pyramiden, ob groß oder klein, sind 1½ Stunden bezahlt. Bei meinen Vergleichen habe ich für den Rostocker Tarif den jetzigen Stundenlohn von 1.90 M. in Anrechnung gebracht. Dagegen für Fugen nach R. L. T. mit 145 Prozent Zuschlag berechnet. Nun einige Beispiele:

Plattenkanten.

Rostocker Tarif + 10%		Reichs-Lohntarif + 15%	
bis 4 cm	2.20 M.	bis 3 cm	1.84 M.
„ 5 „	2.42 „	„ 4 „	2.07 „
„ 6 „	2.64 „	von 4—6 „	2.87 „
„ 7 „	2.86 „	„ 6—8 „	3.45 „
von 7—10 „	4.29 „	„ 8—12 „	4.60 „

Fasen.

Rostocker Tarif + 10%		Reichs-Lohntarif + 15%	
bis 3 cm	2.53 M.	bis 4 cm	2.07 M.
von 3—6 „	2.86 „	„ 5 „	2.64 „
„ 6—10 „	4.29 „	„ 6 „	3.22 „
		„ 7 „	3.79 „
		„ 8 „	4.37 „

Zu beiden Positionen ist zu bemerken, daß Platten und Fasen meistens nur bis 3 Zentimeter stark sind, teilweise auch bis 4 Zentimeter, darüber aber sehr selten. Es tritt hier dadurch schon eine Verschlechterung ein. Doch weiter:

Pyramidenspitze: 52×17
Fuge 56×22 — 12,5 Höhe.

Rostocker Tarif + 10% und 1½ Std. Fuge.	Reichs-Lohntarif + 15% und Fuge + 145%
2 Glieder = 11.73 M.	9.05 M.

Pyramide: 39×14
Fuge 42×18

Rostocker Tarif + 10 und Fuge	Reichs-Lohntarif
1½ Gl. 7.39 M.	. . . . 6.95 M.

Weiter kommen als Verschlechterungen noch in Betracht: Obelisken, Einsatzsockel, sämtliche Fugen, zum Teil auch Verdachungen an Postamenten, wenn sie nach altem Tarif zwei Glieder ausmachen, auch Sternposiamente.

Allerdings gibt es ja auch bei einigen Positionen Verbesserungen, z. B. bei Kreuzen durchschnittlich etwa 80 Pf.; einzelne Sorten Kreuzfüße bis 2 M. und bei Profilen ist durchweg auch die Gliederzählung eine bessere. Während die von mir bis zu den Kreuzfüßen angeführten Positionen hier gewissermaßen als Massenartikel hergestellt werden, gehören Profilarbeiten, wahrscheinlich infolge der hohen Verkaufspreise, zu den allergrößten Seltenheiten. Nun wird in der Anmerkung noch auf Artikel 44 des R. L. T. verwiesen. Dieser Artikel ist aber von den Unternehmern in Leipzig dahin ausgelegt worden, daß in längeren Zwischenräumen, zum Beispiel 3 Monaten der Verdienst eines Arbeiters zusammengerechnet werden soll. Ergibt sich dann ein Minus, so soll das nachbezahlt werden. Also der Arbeiter soll sich das Minus selbst wieder verdienen. Uebrigens ist laut Protokoll vorstehender Modus von einem unserer Delegierten aus Löbau ohne Widerspruch, anerkannt worden. So sehen die Tarifrechte aus. Eigenartig mutet es an, wenn in der Anmerkung gesagt wird, daß mit der einen Hand auf die Verschlechterungen gezeigt wird, während die andere Hand mit aller Seelenruhe das Mehr aus den andern Positionen einstreicht. Diese Bemerkung steift den Unternehmern den Rücken, sie können uns nur auf unsere Führer verweisen. Es wird ferner erwähnt, daß ein Akkordarbeiter mindestens den Stundenlohn verdienen müsse. Bei den jetzigen Tarifverhältnissen ist das aber unmöglich, und wenn der Handschleifertarif nicht bald einer gründlichen Aenderung unterzogen wird, dann wird eintreten, was Kollege Doß schon gesagt hat, daß, „wenn die Lerche singt", der letzte Handschleifer den Staub der hiesigen Schleifereien von seinen Füßen schüttelt. Gering ist die Zahl sowieso schon. Bei Kriegsausbruch waren in zwei Betrieben 18 bis 20 Handschleifer beschäftigt, während es jetzt in drei Betrieben nur noch 11 sind.

Rostock. Hermann Lau.

Anmerkung der Redaktion: Für den Artikel des Kollegen Lau trifft im großen und ganzen auch unsere Anmerkung wie in Nr. 50 zu, obgleich zum Teil in obigen Ausführungen dagegen geschrieben wird. Aber das soll uns nicht stören, denn dazu ist schließlich eine gegenseitige Polemik da. Aber eins müssen wir doch im obigen zurückweisen, das ist die Behauptung: „Diese Bemerkung steift den Unternehmern den Rücken..." Merkwürdigerweise wird solche Redensart immer ausgekramt, wenn wir einmal mit einer Redewendung den Nagel auf den Kopf treffen. Sollte diese Abwägung immer maßgebend sein, dann darf in unserm Organ nur die Kritik an den Abschlüssen Aufnahme finden und alles gegenteilige müßte fernbleiben. Ein Lehrsatz sagt: „Jede Konsequenz auf die Spitze getrieben führt zur Inkonsequenz!" Das wäre die Folgerung von der Behauptung des Kollegen Lau. Bei

Wiener Elendsbilder.

Von Paul Umbreit.

I.

Kohlennot und Holzfrevel.

Die Wiener Kohlennot, die sich übrigens nicht auf Wien beschränkt, sondern [illegible] ganz Deutschösterreich bedroht, hat schon jetzt, am Beginn des Winters, einen erschreckend hohen Grad erreicht. Man hat Deutschösterreich von seinen in Böhmen, Mähren und Schlesien gelegenen Kohlenlieferungsgebieten getrennt, und es ist ihm nichts verblieben, als einige Stein- und Braunkohlengruben in Steiermark mit etwa 2½ bis 3 Millionen Tonnen Förderung. Diese reichen natürlich nicht aus, um den Industrie- und Heizbedarf des Landes zu decken, und so müssen die Holzvorräte in [illegible] genommen werden. An solchen fehlt es zwar in Deutschösterreich nicht, wohl aber an Kraft, an Transportmitteln zu ihrer Beförderung und an [illegible] der Lokomotiven. Dazu kommt, daß Wien mit seinen [illegible] von jeher auf Kohlenbezug eingerichtet war und nun unter dem Kohlenmangel unerträglich leidet. Von der [illegible] Regierung werden trotz aller Bemühungen Deutschösterreichs keine Kohlen nach Wien herausgelassen und [illegible].

In ihrer Not hat die Wiener Bevölkerung zur Selbsthilfe gegriffen [illegible] Kolonnen [illegible] und Berge sind ihrer [illegible]. Der [illegible] Baum war jedem [illegible]. Wenn [illegible] Wiener Wald [illegible] die Scharen [illegible] mit [illegible] Wägelchen voll Holz [illegible].

[illegible] in der Stadt. [illegible] in den Bahnhöfen und [illegible] 1 bis 2 Kronen [illegible] 4 Kronen [illegible] 23. November [illegible] 13 Personen [illegible].

Die Niederösterreichische Landesregierung hat für den Holzbedarf der Gemeinde Wien ein Kontingent von 800 000 Raummetern zugewiesen, die Waldbesitzer zur Lieferung verpflichtet und die Uebernahmepreise festgesetzt. Die Waldbesitzer, Private und Gemeinden, machen aber der Lieferung fortgesetzt Schwierigkeiten. Selbst die staatliche Forst- und Domänenverwaltung fordert für Holz, das in Hütteldorf, dicht vor Wien lagert, Preise, die mit den Erzeugungskosten in keinerlei Einklang mehr stehen. So kommt es zu den Massenausschreitungen, die weder Staat, noch Gemeinde, noch Forstverwaltung hindern können.

Und es bleibt nicht bei der Verwüstung der Waldungen. In Wien verschwinden ganz systematisch Bau- und Gartenzäune, Grundstücksplanken und sonstige Holzeinfassungen, Holzständer, Tafeln, Barrieren, Brückengeländer usw. Nichts, was brennbar ist, wird verschont. Bald kommen die Fensterläden, Haustüren und Wohnungstüren an die Reihe. Wie schlimm die Not an Heizmaterial gestiegen ist, erhellt aus folgendem Schreiben des Gemeindevorstandes in Albern, Post Wien XI/2, an die Niederösterreichische Landesregierung:

„Die Gemeindevorstehung teilt hiermit der Niederösterreichischen Landesregierung mit, daß in Zukunft keine angeschwemmten Leichen im Gemeindegebiet von Albern auf dem Friedhofe der Namenlosen beerdigt werden können, somit die Leichen unbeerdigt in Zukunft liegen bleiben müssen, weil der Friedhof von Wiener Holzdieben gänzlich verwüstet wurde.

Derselbe wurde nicht nur seiner hölzernen Umzäunung und der Grabkreuze beraubt, sondern es wurde auch die darin befindliche Leichenkammer samt den darin befindlichen hölzernen Särgen und Werkzeugen demoliert und fortgetragen.

Wenn die Landesregierung keine Machtmittel gegen dieses, einen geordneten Staat herabwürdigendes Treiben, zur Verfügung stehen, kann auch die Gemeinde ihren Verpflichtungen nicht nachkommen.

Albern, 29. November 1919.

Der Bürgermeister.

Viktor Fuchs.

Die [illegible] Zustände beweisen, daß schnelle Hilfe not!

Gegen den Hunger.

„De Bouwarbeider", das Blatt des holländischen Bauarbeiterverbandes, brachte in seiner Nummer 48 nachstehenden Aufruf von Steenhuis, dem Vorsitzenden des Niederländischen Gewerkschaftsbundes. Die Uebersetzung entnehmen wir dem „Grundstein" Nr. 51 1919.

„Ich habe einen Jungen von 6 Jahren, ein stämmigen Burschen mit runden, roten Wangen und lebenslustigen, blitzenden Augen. Ich habe oft viel Vergnügen an dem Bengel. Wenn er Verdruß im Hause bereitet, oder draußen die Neuerungen durchgesetzt hat, ermahne ich ihn mit strengen Blicken und auch wohl mal mit harter Hand. Aber innerlich finde ich ihn so gerade echt.

Doch am meisten Freude habe ich, wenn er am Tisch sitzt zum Schmausen. Wenn er seine Milch trinkt, vier oder fünf Butterbrote verarbeitet, und wenn er mittags das Fett gern mit Löffeln ißt. Das empfinde ich als das beste von allem.

Und ich glaube, alle Väter und Mütter in der ganzen Welt empfinden so. Kinder, die beharrlich viel essen, sind eine helle Freude, wenn — man ihnen so viel geben kann, wie sie essen mögen. Aber wenn man nicht so viel geben kann, wenn man kein Brot und keine Milch, kein Fett und keinen Brei hat, so daß man auf die Frage nach Essen mit „Nein" antworten muß, das dünkt mich, ist das größte Elend.

Ich bin ein friedliebender Mann, aber wenn ich meinem starken Jungen kein Essen, oder nicht satt zu essen geben könnte, dann wäre ich bereit, die Welt in Trümmer zu schlagen, unbekümmert um die Folgen. Die Kinder nicht satt, das ist um rasend, um verrückt zu werden.

Kollegen! In dieser Lage sind Hunderttausende unsrer Genossen in Wien. Sie hatten auch Jungen von 6 Jahren, die stark und gesund waren; sie hatten auch sanfte, liebe Mädchen, die ihnen die Hände um den Nacken legten, wenn sie von ihrer Arbeit nach Hause kamen.

Sie hatten sie. Sie haben sie nicht mehr. Das heißt, die gesunden, leckeren, frischen und lebenslustigen Kinder, die sind sie los. Sie haben nur noch magere, bleiche, schwache Kinder behalten, ohne Blut in den Wangen, ohne lebenslustige Augen.

Die haben sie noch. Wenn sie nun zu essen hätten, dann würden sie nochmals gesunde, fröhliche Jungen wiederkriegen. Aber sie haben kein Essen, und wenn sie nicht schnell Essen bekommen, dann werden sie nichts anderes mehr haben als die Leichen der an Hunger gestorbenen Kleinen. Also schleunigst müssen sie Essen haben. Dafür ist nun unser Kamerad Simmen (Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes) tätig. Er soll sorgen, alle Arbeiter in der Welt in Bewegung zu bringen, damit unsere Wiener Kameraden Essen bekommen für ihre Jungen und Mädchen. Sein Ruf gilt auch für uns. Soll dieser Ruf mutlos sein? Wir sprechen im Namen unserer 250 000 Mitglieder, wenn wir sagen, daß sie helfen werden, so viel sie können, denn auch wir sind Väter und Mütter.

Der Vorstand des Gewerkschaftsbundes wird noch näher feststellen, wie geholfen werden kann. Doch das steht fest: es muß und soll geholfen werden. Dazu gehört Geld, viel Geld!

Kameraden! Wir rechnen dabei auf Eure Hilfe und wir rechnen darauf, daß Ihr auf unsere Parole wartet. Lange lassen wir Euch nicht warten!"

Im Anschluß an diesen aus edlem Herzen kommenden Aufruf des Genossen Steenhuis machen wir darauf aufmerksam, daß die Deutsche Nationalversammlung bereits beschlossen hat, von unsern knappen Vorräten an die österreichischen Brüder abzugeben. Die deutschen Arbeiter, denen diese Nahrungsmittel von ihren Rationen abgezogen werden, geben gern, obgleich auch Millionen Kinder bei uns das wohltuende Gefühl, satt zu sein, nicht kennen. Obgleich auch bei uns der Hungertod viele Opfer hinweggerafft. Wir gedenken dabei aller derer, die die Völker Mitteleuropas in diese furchtbare Lage gebracht haben und noch immer tiefer herabdrücken möchten.

[illegible] die sich [illegible], ist Klarheit und Wahrheit die Vorbedingung, wo die Wahrheit nur umschrieben werden soll, wird es Unwahrheit, und das kann niemals unsere Aufgabe sein, wenigstens die Redaktion faßt ihre Aufgabe nicht so auf. Darum muß man auch vertragen können, wenn ausgesprochen wird, was tatsächlich ist. Nun beruft sich Kollege Lau auf die Auslegung des § 44 bei den Verhandlungen in Leipzig und auf das Protokoll. Die Teilnehmer an diesen Verhandlungen (wir können hier auch sagen die Arbeitgeber), werden sich wundern über die Auslegung des § 44 in obigem Artikel, besonders die andere Partei würde wohl damit einverstanden sein, wenn es richtig wäre; dem ist aber nicht so! Das Protokoll ist maßgebend und das andere ist und tatsächlich ganz neu und höchstwahrscheinlich eine Verwechslung. Wir verweisen nur auf Seite 24, 2. Spalte und 25, 1. Spalte. Dort steht schwarz auf weiß, daß nur der Zusatz angenommen wurde, daß bei Meinungsverschiedenheiten über den § 44 das Tarifamt anzurufen ist. Alles andere ist vom Uebel. Die Berechnungen des Kollegen Lau kommen zu den Akten der Verbandsleitung. Unstimmigkeiten im Tarif N. L. T.

An die Kollegen und Zahlstellen vom 2. Gau.

Den Kollegen und insbesondere den Zahlstellenverwaltungen des Gaues mache ich bekannt, daß ich ab 28. Dezember an Stelle des Koll. Steininger, meine Tätigkeit aufgenommen habe. Bei dieser Gelegenheit bitte ich alle um tatkräftige Unterstützung, denn nur mit vereinten Kräften werden weitere Erfolge auf gewerkschaftlichem Gebiete zu erreichen sein. Meine Richtschnur wird sein, in guter Fühlung mit den Zahlstellenverwaltungen alle an uns herantretenden Fragen rasch und so gut als möglich den berechtigten Wünschen der Kollegen entsprechend zu erledigen. Klares, offenes Aussprechen desjenigen, was zur Klärung der Lage, zur Verhütung von Mißverständnissen, die meist Ursache gegenseitiger Verstimmungen werden, nötig ist, soll mein Grundsatz sein. Belehrungen über eventuelle Irrungen bezüglich Auffassung oder einzuschlagende Taktik werde ich mich nie unzugänglich zeigen, bitte aber die Kollegen, dies auch ihrerseits so zu halten; dann, aber nur dann werden wir in vollem Einvernehmen in den schwierigsten Situationen stets das Zweckdienliche treffen. Ich verkenne nicht, daß gerade die heutigen Zeitverhältnisse die Einsetzung der ganzen Arbeitskraft bedingen, wenn es gelingen soll, gegenüber den ständigen Preistreibereien nicht allzuweit zurückzubleiben, vom Einholen dessen, was die Kriegszeit hindurch versäumt wurde gänzlich zu schweigen. Auch verhehle ich mir nicht, daß es heute äußerst schwer ist, auf vorgeschobenen Posten innerhalb der Arbeiterbewegung allen Ansprüchen, die die Kollegen, von der Not getrieben, erheben, halbwegs gerecht zu werden und ihr Vertrauen zu erwerben. Auf den gesunden, nüchternen Sinn der alten Gewerkschafter vertrauend, wage ich mich trotz alledem an die mich erwartende Aufgabe heran. Die Gewißheit, jederzeit wieder Hammer und Meißel, die ich nun weglege, schwingen zu können, gewährt mir volle Zuversicht.

Was zu den abgeschlossenen oder noch abzuschließenden Reichs- und Landestarifen zu sagen ist, soll in Versammlungen oder Sitzungen gesagt werden. Sicher ist, daß diese, wie jedes menschliche Werk Mängel aufweisen. Diese zu erkennen, um sie nach bester Möglichkeit zu beseitigen, sei die Aufgabe der Zukunft. Oeffentliches Gegeneinanderausspielen bringt statt Besserung nur Verärgerung.

Soweit es die widrigen Verkehrsverhältnisse und hohen Reiseunkosten gestatten, werde ich die Zahlstellen besuchen, um durch persönliche Fühlungnahme die Arbeit zu erleichtern und zu fördern. Kollegen, gehen wir erneut mit zäher ausdauernder Kraft Hand in Hand an den Ausbau wie an die Ausbreitung des Verbandes heran, um Mitläufer und Indifferente aufzurütteln und so der wirtschaftlichen Revolution die Wege ebnen zu helfen. Der Sieg wird und muß der Arbeit werden.

NB. Die Adresse der Gauleitung bleibt außer der Namensänderung bis auf weiteres wie bisher: Liegnitz, Feldstraße 26 I.

Anläßlich der vielen Beweise des Vertrauens, die mir in den letzten Tagen aus meinem bisherigen Wirkungskreis wurden, fühle ich mich verpflichtet, hiermit meinen Dank auszusprechen. Ich entnehme daraus die Anerkennung, daß ich meine Pflicht getan habe und fühle mich dadurch zu neuer, hoffentlich wirksamer intensiver Betätigung angespornt. Den Kollegen wünsche ich allen Erfolg auf dem Wege zur Befreiung der Arbeiterklasse.

Mit koll. Gruß H. Senft.

Aus den Zahlstellen.

Berlin. Von der Berliner Steinmetzinnung und dem Verband der Steinmetzgeschäfte von Groß-Berlin E. V. erhalten wir folgende Zuschrift:

„In Nr. 46 Ihrer Zeitung vom 15. November 1919 befindet sich ein Bericht über die am 30. Oktober abgehaltene Sitzung der Arbeitnehmer, in welchem u. a. ausgeführt wird, „daß die Unternehmer sich bereit erklärten, die Sektion III als selbständige Lohnkontrahenten anzuerkennen, was durch eine Vollversammlung der Unternehmer entschieden wird". Diese Mitteilungen entsprechen nicht den Tatsachen. — In der am 28. Oktober stattgefundenen Sitzung der gemeinsamen Tarifkommission ist beschlossen worden, der Vollversammlung die Entscheidung darüber zu überlassen, ob die Sektion III anerkannt werden soll oder nicht. Die Vollversammlung, die am 31. Oktober ihre Sitzung abhielt, war einstimmig gegen diese Anerkennung. Es wurde nach langer Beratung dem Wunsche der beiden Verbandsfirmen Trettin u. Co. sowie Grieß, die bestreikt wurden, aus dem Verbande ausscheiden zu dürfen, Folge gegeben. Von einer Anerkennung der Sektion III seitens der Steinmetz-Innung und des Verbandes der Steinmetzgeschäfte von Groß-Berlin E. V. kann mithin keine Rede sein."

Einige Bemerkungen müssen wir diesem Schreiben doch anfügen: Die Zahlstelle Berlin als Gesamtvertretung der Berliner Kollegen ist wohl immer Lohn- und Tarifkontrahent der in ihrem Bereiche vorhandenen Branchen. Die Sektion III (kunstgewerbliche Arbeiter) gehört als Branchenzusammenschluß und -vertretung zur Zahlstelle, hat aber bei allen wichtigen Verhandlungen, besonders auf dem Gebiete der Entlohnung, ihre Vertretung. Das ist ganz selbstverständlich und bedarf keiner weiteren Begründung. Es ist deshalb strittig, ob die Richtigstellung der Arbeitgeber Berlins nun besonders notwendig war; „diplomatisch" war sie jedenfalls nicht. Denn zu guter Letzt kommt es nicht darauf an, ob die Sektion III von den Arbeitgebern formell als selbständiger Lohnkontrahent anerkannt wird, da ihr Einfluß bei künftigen Verhandlungen über die Entlohnung nicht zurückgewiesen werden kann. Wohl stand die formelle Anerkennung bei der letzten Tarifabwicklung durch den Streik dieser Berufskollegen im Vordergrund, ob aber eine solche Situation wieder entsteht, ist zum mindesten sehr fraglich, denn verflossene Bewegungen geben eine gewisse Lehre. Wenn nun etwa mit der Richtigstellung der Sektion III das Recht abgestritten werden soll, in Gemeinschaft mit der Zahlstelle Berlin als Interessenvertretung zu wirken und sich zu betätigen, so legen wir natürlich schärfstens Verwahrung dagegen ein. Es hängt nicht vom guten Willen der Arbeitgeber ab, sondern das bestimmt schließlich die Entwicklung in diesem Arbeitszweig der Berliner Marmorindustrie; denn immer mehr Betriebe nehmen diesen Produktionszweig auf und die Zahl der Arbeiter dieser Branche wird täglich größer. Damit auch die Organisation der Sektion III und ihr Einfluß auf die künftigen Lohn- und Tarifverhandlungen.

Köln I. Am 23. November fand im Lokal Reetz unsere Monatsversammlung statt. Zur Tagesordnung standen: Kassenbericht, Bericht von der Berliner Konferenz, neue Lohnforderung, Verschiedenes. Der Kassierer verlas die Abrechnung, die von den Revisoren geprüft und für richtig befunden war. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Hierauf gab unser Vorsitzender, Kollege Kuhn, den Bericht von der Konferenz in Berlin, zwecks Aufstellung des Reichsstädtetarifs. Da in letzter Zeit die Teuerung wieder erheblich zugenommen hat, wurde beschlossen, vom 1. Dezember an auf den Minimallohn von 2.60 M. eine Teuerungszulage von 1.50 M. pro Stunde zu fordern (bis jetzt 40 bzw. 50 Prozent). Verschiedene Kollegen rügten, daß wir in unserm Tarif den Passus eingefügt haben, daß wir immer 10 Pf. höheren Stundenlohn erhalten sollen, wie die Bauarbeiter, da wir deshalb immer deren Lohnbewegungen abwarten müßten, und wünschten, daß dieser lästige Passus geändert würde. Da für den hiesigen Ehrenfriedhof über 2000 Grabsteine angefertigt werden sollen, wandten wir uns früher schon an die städtische Friedhofskommission, dafür Sorge zu tragen, daß die Unternehmer die Steine nicht fertig aus dem Bruch schicken lassen dürften und die Kollegen durch Arbeitslosigkeit der Stadt zur Last fallen würden. Da die betreffende Kommission unsre Ansicht teilte, stellten wir eine Liste auf über sämtliche Firmen und die bei derselben beschäftigten Kollegen zwecks prozentualer Verteilung der Steine. Auch wurde der Vorschlag gemacht, daß zu der Kommission ein Steinmetz zugezogen werden soll. Hierzu wurde Kollege Mondorf vorgeschlagen. Ein Kollege von der kürzlich eingegangenen Dombauwerkstätte schilderte die Machenschaften des Regierungsbaumeisters Herthel, nebenbei bemerkt, ein Reaktionär erster Güte, der niemals für frei Organisierte Arbeit hatte. Die früher christlichen, jetzt zu uns übergetretenen Kollegen gehen dem Herrn scharf ans Leder und hoffentlich kommt es so weit, daß er bald einem andern Platz macht, damit, wenn die Bude wieder geöffnet wird, jeder Kollege, wenn er auch keine Empfehlung vom Herrn Pfarrer hat, dort Arbeit findet, besonders, da die Gelder meistens aus öffentlichen Mitteln (Dombaulotterie) herstammen. Dem Gauleiter soll unterbreitet werden, dahin zu wirken, daß in den Eifeler Sandstein-Bruchgebieten bessere Lohnverhältnisse geschaffen würden, um zu verhüten, daß die dortigen Gebiete uns überschwemmen mit bedeutend billigeren, fertigen Arbeiten. Gerügt wurde das Verhalten der Kollegen bei der Firma Zorn betr. Wahl eines Arbeiterausschusses. Die Kollegen wurden aufgefordert, die Wahl am 29. November vorzunehmen. Der Antrag, unsere Versammlungen jeden zweiten Samstag im Monat abzuhalten, wurde angenommen.

Kirchberg i. Sa. Am Sonntag, dem 23. November, fand unsere Versammlung im Gasthaus „Tivoli" (Kirchberg) statt. Es waren zirka 100 Kollegen erschienen. Der Vorsitzende Kollege Meyer dankte für zahlreiches Erscheinen. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung: 1. Tarifwesen, 2. Entscheid des Schlichtungsausschusses Zwickau und Stellungnahme dazu, 3. Bericht von der Bezirkssitzung und 4. Allgemeines. Zu Punkt 1 gab Bezirksleiter Kollege Jöppel den Bericht. Dieser schilderte in längerem Vortrage den Werdegang des Tarifwesens bis zu den Bezirks- bez. Reichstarif. Reicher Beifall belohnte ihn. Zu Punkt 2 gab der Vorsitzende das Resultat von dem Termin in Zwickau bekannt. Nach längerer Aussprache wurde einstimmig der Entscheid genannter Instanz anerkannt. Ueber Punkt 4 erstattete der Vorsitzende Bericht. In dem Glauben, allen beteiligten Zahlstellen recht getan zu haben, wurde in Aue unser Bezirkstarif fertiggestellt. Auch wurden einige Beschlüsse gefaßt, die wohl ebenfalls die Zustimmung der Zahlstellen finden. Zu Punkt 4 wurde als Ersatzmann des Vorsitzenden für die in nächster Zeit stattfindende Bezirkstarifverhandlung Kollege Schneider gewählt. Es entspann sich eine lebhafte Debatte über hiesige Zustände. Die Anwesenden nahmen reges Interesse zu allen Punkten. Der Vorsitzende forderte alle auf, jeder nach seiner Ansicht die Parteipresse zu lesen, der Bezirksleiter ermahnte alle, Einigkeit zu wahren und dem Verbande treu zu bleiben.

Windischeschenbach. Ein kleines Beispiel, wie man es nicht machen soll als organisierter Arbeiter, kann die Redaktion aus obigem Ort berichten: In Windischeschenbach wurde im Laufe dieses Jahres eine Zahlstelle gegründet, der Kollege Lachner, der schon seit Jahren dort ansässig ist, war der Anreger. Soweit alles gut. In den Ortsvorstand kamen nun auch andre Kollegen außer Lachner und eine gewisse Rivalität setzte ein. Dazu kamen Streitigkeiten wegen Arbeit. Alles Vorkommnisse, die örtlich ausgetragen werden können und müssen. Die Folge war nun, Lachner meldet sich aus der Zahlstelle ab und schreibt der Redaktion einen längeren krausen Artikel gegen einzelne Kollegen in Windischeschenbach. In kollegialer Weise teilen wir ihm mit, daß die Aufnahme abgelehnt wird 1. weil persönlicher und unkontrollierbarer Zank. 2. Besser örtlich zu regeln. 3. Der „Steinarbeiter" kann darüber keine Klarheit schaffen. 4. Ist es nicht richtig, aus der Zahlstelle austreten und dann Artikel loslassen. 5. Die andere Seite hat dann dasselbe Recht, nun dagegen zu schreiben. Das war, wie gesagt, in ganz kollegialer Form gehalten. Die Antwort war nun von Lachner wörtlich: „Die Behandlung habe ich satt, erkläre meinen Austritt aus dem Verbande. Meine Ueberzeugung sagt mir, meine Beiträge einer besseren Interessenmacht zu hinterlegen." Aus dieser Antwort ist schon ungefähr der Artikel einzuschätzen, den er uns übermittelt hat. Jedenfalls ist es ein merkwürdiges Verfahren von einem organisierten Arbeiter. Das ähnelt schon mehr dem Eigensinn ungezogener Kinder, die „maulen", wenn sie ihren Willen nicht bekommen. Von großem Einfluß der Erziehungsarbeit durch die Organisation zeugt Lachners Verhalten nicht. Wir hätten von dem Vorgang in dieser Weise nicht Kenntnis gegeben, wenn nicht vermutet werden muß, daß Lachner vielleicht in andern Zahlstellen der Oberpfalz seine Angelegenheit gegen den Steinarbeiterverband verwertet. Deshalb möge das Vorstehende beachtet werden.

Kiel. Am 9. Dezember fand im Gewerkschaftshaus unsere gutbesuchte Monatsversammlung statt. Die Firma Rößler hat fünf Schleifer wegen Strommangels entlassen, die betreffenden Kollegen werden deshalb bei dem Demobilmachungsausschuß vorstellig werden. Kollege Marold, der noch vor einigen Tagen bei der Firma A. Ulbrich (Inh. Frau Ulbrich) beschäftigt war, brachte die Zustände zur Sprache, die auf dem Platze dort herrschen, dieselben spotten jeder Beschreibung. Kollege M., der dort für Besserung eintreten wollte und von den Kollegen auf dem Platz nicht richtig unterstützt wurde, war der Firma deshalb ein Dorn im Auge. Ein Grund zur Entlassung war dann auch bald gefunden und der Kollege kurzerhand auf die Straße gesetzt. Auf Verlangen des betreffenden Kollegen wurde ihm dann eine Bescheinigung ausgestellt, wie lange er bei der Firma beschäftigt gewesen war. Da dieselbe aber auf dem Arbeitsnachweis keine Gültigkeit hatte, weil der Grund der Entlassung fehlte, so mußte Kollege M. nochmals nach der Firma zurück, um den Grund derselben bescheinigen zu lassen.

Redaktion: Das Zeugnis hat u. a. folgenden Vermerk: „. . . Auf Verlangen des Steinmetzen Marold, den Grund der Entlassung anzugeben, bescheinige ich hiermit, daß derselbe sich weigerte, den ihm gegebenen Anweisungen Folge zu leisten . . ." Da die Firma den Entlassungsgrund erst auf Verlangen angegeben hat, ist sie formell im Recht. Es fragt sich nur, ob tatsächlich die Weigerung und bei welcher Anweisung sie stattgefunden hat; eine Klage könnte hier nur Klarheit schaffen und der Arbeitgeber hat dann allen Schaden zu decken, der durch den etwa unrichtigen Vermerk dem Kollegen entstanden ist. — Im übrigen scheinen die mit dem Kollegen beschäftigt gewesenen Mitarbeiter nicht auf der Höhe zu stehen, denn sie haben den Entlassenen in moralischer Hinsicht nicht die nötige Stütze gegeben; denn sonst ist es wohl nicht möglich, daß ein Arbeiter, der für bessere Zustände, die auch den Mitarbeitern zugute kommen, wie ein abgenutztes Werkzeug beiseite geschoben wird. Die näheren Vorgänge in diesem Fall entziehen sich unserer genauen Kenntnis und zwingen uns deshalb zur Reserve. Die Zahlstelle hat hier die Pflicht, mangelnde Solidarität der Kollegen untereinander mit dem nötigen Nachdruck zu bekämpfen, damit solche billige Triumphe, wie das Zeugnis des Kollegen Marold für den Arbeitgeber darstellt, nicht vorkommen können.

Blaibach. Die Zahlstelle legt Gewicht darauf, daß die im Bericht Nr. 49 des Steinarbeiters genannte Familie Klement, der Vater Karl mit seinen Söhnen Karl und Georg Klement ist; dagegen eine andere Familie Wolfgang Klement mit seinen Söhnen Josef und Heinrich der Organisation schon in Janowitz und im Odenwald angehörten und heute noch. Der Bürgermeister und Steinmetzmeister M. Bergbauer, der nicht einmal weiß, wielange die bei ihm beschäftigten Steinarbeiter täglich arbeiten, ist kein Bruchbesitzer, sondern erhielt vom Forstamt Kötzting in der Staatswaldung Findlinge zugewiesen. In der Staatswaldung gingen auch die Steine bruchartig her, weshalb sich der genannte zur Ausbeutung dieses Bruches bemühte. Bis jetzt liegt aber noch keine Entscheidung vor. Die Kollegen haben sich an ihren Gauleiter gewandt, damit er versucht, auf Grund der rückständigen Arbeitsverhältnisse, die Verpachtung der Ausbeutung an den Bürgermeister zu verhindern. Nachricht haben sie darüber noch nicht. Der Bürgermeister ist im Hauptberuf Landwirt, hat wohl 40 „Tagewerke" Land und läßt seine Steinmetzen im Akkord ritzen. Diese haben demnach alles Risiko zu tragen, um die Leute wird sich wenig gekümmert. Deshalb sind unsere Kollegen der Auffassung, daß der Mann als Unternehmer nicht in Frage kommen darf und noch nebenbei für eine Ware einen Nebenverdienst verschafft, wobei die berechtigten Ansprüche der Steinarbeiter unberücksichtigt läßt (Tarifanerkennung). Das paßt nicht mehr in die heutige Zeit.

Steinwiesen. [illegible] wegen der [illegible] Schlichtungsausschuß [illegible] Hof [illegible] Steinmetzen pro Stunde ab 1. Dezember 1.70 M., [illegible] 1.80 M. er- [illegible] bauten [illegible] Herr Popp [illegible] einige Arbeiter, die übrigen dagegen [illegible]. Dabei gebrauchte er die Aeußerung, die Arbeiter verdienen den Lohn nicht, ja, daß er auf diesen Lohn noch [illegible] zahlen muß. Wir können uns nicht genug wundern, wo Herr Popp das Geld zum Draufzahlen hernimmt, denn Vermögen [illegible] jetzt darüber verfügt, [illegible] solches nur durch [illegible] haben kann. Da will ein solcher Herr noch zu seinen Arbeitern sagen „Ihr verdient den Tagelohn nicht, den ihr bekommt." Wir hoffen, daß Herr Popp zu der Einsicht kommt, daß seine Arbeiter auch leben wollen. So zahlt er bei den jetzigen Zeiten noch an jugendliche Steinmetzen und Schleifer, die schon [illegible] Jahre bei ihm arbeiten, einen Stundenlohn von 0.90—1.[illegible] M. Diese jugendlichen Arbeiter müssen dabei noch hören, daß sie auch [illegible] Lohn nicht einmal verdienen. Daß Herr Popp sich damit selber ein schlechtes Zeugnis ausstellt, kommt ihm wohl kaum zum Bewußtsein. Die betreffenden Arbeiter haben in seinem Betrieb gelernt, während der Lehrjahre sozusagen für ein Stück Brot bei ihm gearbeitet. Und wenn sie nach Beendigung der Lehrzeit nicht einmal ihren Lohn verdienen, dann liegt doch der Schluß nahe, daß sie in seinem Betrieb nichts gelernt haben! Nimmt man Lehrlinge, dann hat man auch die Verpflichtung, tüchtige und leistungsfähige Arbeiter aus ihnen zu machen, sonst ist es wohl besser, [illegible] davon zu lassen. Dies ist auch ein Gebiet, auf dem sich unsere Organisation mehr wie bisher zu betätigen hat. Hoffentlich wird es mit dem Reichs-Betriebsrätegesetz auf diesem Gebiet auch eine Wandlung geben. Es wird nämlich höchste Zeit, daß man Einblick bekommt in die Profitrate der Unternehmungen und demnach seine Arbeiterforderungen danach einstellt. Sie ist trotz allem Jammern immer noch recht ansehnlich, das beweist der Wohnungsbau des Herrn Popp, der mindestens 80—100 000 M. betragen wird.

Treuchtlingen. Am 7. Dezember fand eine Mitgliederversammlung statt. Es wurde ein Rundschreiben des Gauleiters verlesen, welches Anweisungen für die Zahlstellen enthielt. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war Besprechung einer neuen Teuerungszulage. Nach lebhafter Diskussion über diesen Punkt wurde beschlossen, eine weitere Teuerungszulage von 30 Prozent zu fordern, denn es wurde festgestellt, daß unser Lohn nicht mehr den Verbrauchsartikeln gegenüber im richtigen Verhältnis steht, daß überhaupt die Steinarbeiter in Treuchtlingen in bezug auf Entlohnung allen gelernten und ungelernten Arbeitern gegenüber an letzter Stelle marschieren. Der Begriff „gelernter Arbeiter" hat überhaupt seit Beendigung des Krieges sehr viel an Bedeutung verloren. Es ist dies eine Erscheinung, welche nirgends besser zum Ausdruck kommt als im Juramarmorgebiet. Wenn einst in der Vorkriegszeit seligen Angedenkens ein reisender Kollege durch Zufall in das Gebiet, welches heute unter dem Namen Juramarmorgebiet bekannt ist, verschlagen wurde, wie ward er da angenehm überrascht, wenn er nach langem Hin- und Herwandern auf einmal im Zentrum des heutigen Juramarmorgebiets wenigstens auf einen Werkplatz gestoßen ist, auf welchem das ehrsame Handwerk des Steinmetzen ausgeübt wurde nach allen Regeln der Kunst, wo eine arbeitsfreudige Hand und die Lust und Liebe zum Beruf den Fäustel geschwungen hat. Mancher fremde Kollege hat schöne Eindrücke mitgenommen aus unserem Gebiet. Wie ganz anders ist das heute. Die Reste von den Trägern jener Berufstradition, die der Krieg noch übriggelassen hat, stehen heute, soweit sie nicht schon abgewandert sind und sich anderen Erwerbszweigen zugewendet haben, vereinzelt in Steinbrüchen zwischen Hilfsarbeitern und angelernten Bossierern und warten auf bessere Zeiten, denn das gesamte Juramarmorgebiet steht unter dem Zeichen „Rohmaterial". Wenn unter diesen Umständen einmal der letzte gelernte Steinmetz „abhaut" und man spricht im Juramarmorgebiet gelegentlich von Steinmetzkunst und Steinmetzarbeit, so wird man anfangen müssen, wie bei allem, das der Vergangenheit angehört, mit den Worten: „Es war einmal."

Häslicht. Am 3. Dezember fand im Saale des Herrn Trautmann eine gutbesuchte Versammlung statt. Die Tagesordnung lautete: Wahl eines stellvertretenden Vorsitzenden, Abrechnung vom 3. Quartal, unsere Tarifvorlage und Verschiedenes. Zum ersten Punkt wurde Kollege Fritz Prenzel gewählt, weil unser bisheriger Vorsitzender Schiller an Blutvergiftung schwer erkrankt ist. Der Kassierer gab die Abrechnung bekannt, sie ergab einen Bestand fürs nächste Quartal 3811.24 M. Für die Krankenzuschußkasse bleibt ein Bestand fürs nächste Quartal von 2962.46 M. Für beide Kassen bestätigten die Revisoren die Richtigkeit. Zu Punkt 3 gab Kollege Menzel, Striegau, die neu einzureichende Tarifvorlage bekannt. Dem wurde einmütig zugestimmt. Unter Verschiedenem wurde scharfe Kritik geübt über verschiedene Firmen, die bei der jetzt unbeständigen Witterung vielfach die Hilfsarbeiter feiern lassen. Von den Kollegen der Firma Kuvecke wurde noch zur Sprache gebracht, daß der Betriebsleiter der genannten Firma schon die Arbeitseinschränkung angekündigt hätte, weil nach Angabe des Herrn Kuvecke das Betriebskapital zu Ende sei.

Ortenberg (Oberhessen). Die am 4. Dezember stattgefundene Versammlung erfreute sich trotz des schlechten Wetters eines guten Besuches. Gauleiter Herrmann, der als Referent erschienen war, legte den Kollegen die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation auseinander. Weiter sprach er über den Verband und seine Einrichtungen. Dann noch über den Reichstarif für die Pflaster- und Schottersteinbetriebe. Da der Vertrag für Oberhessen gekündigt sei, würden wohl demnächst in Gießen neue Verhandlungen stattfinden.

Nachdem die Diskussion über diesen Punkt erledigt war, berichtete Kollege Herrmann über die Kassenrevision. Die Einnahmen der Hauptkasse betrugen im 3. Quartal 931.20 M. Bar wurden an die Hauptkasse 823.26 M. abgeschickt. Der Ortsbestand beträgt 37.88 M. Es erfolgte dann die Neuwahl des Vorstandes. Zum Vorsitzenden wurde Kollege Bach und zum Kassierer Kollege Krahl gewählt. Als Schriftführer Kollege Merz und als Revisoren die Kollegen: Schember und Haas. Nach Erledigung örtlicher Zahlstellenangelegenheiten wurde die Versammlung mit einem Schlußworte des Referenten geschlossen.

Unsen. Am Sonntag, dem 14. Dezember, fand in Großberkel eine Steinarbeiterversammlung statt, um die in den umliegenden Brüchen beschäftigten, aber unserm Verband noch fernstehenden Kollegen, zu gewinnen. Unser Bezirksvertrauensmann, Kollege Thammenheln, hielt einen Vortrag über die Aufgaben der Gewerkschaften und erläuterte am Schluß desselben die Unterstützungseinrichtungen unseres Verbandes. Resultat: **Es meldeten sich 60 Kollegen zur Aufnahme** in unseren Verband. Eine Anzahl ist im Landarbeiterverband organisiert, diese werden laut Beschluß ihre Bücher beim Vorsitzenden Kollegen Kschenz abliefern, damit die bisher geleisteten Beitragsmarken von der Zentrale abgerechnet werden können. Bis jetzt ist erst halbe Arbeit gemacht, denn es gilt noch die andre Hälfte der Kollegen unserm Verbande zuzuführen. Es war die höchste Zeit, denn bis vor kurzem wurden noch Stundenlöhne von 1.20 bezahlt.

Tirtling. In unserem Verbandslokale tagte am 30. November eine ordentliche Mitgliederversammlung mit der Tagesordnung: 1. Der neue Tarif; 2. Verschiedenes. Unser Vorsitzender erklärte die wichtigsten Punkte des neuen bayrischen [illegible], soweit es möglich war; dieselben wurden mit großer Befriedigung von den Kollegen aufgenommen. Ein jeder Kollege ist froh, daß der alte Tarif mit seiner Vielgestaltung und seinen falschen Positionen endlich aus dem Weg geräumt und an dessen Stelle der neue, viel einfachere Tarif getreten ist. Die Kommission hat [illegible] hier wirklich ein großes Stück Arbeit geleistet, so daß der Steinarbeiter im bayrischen Wald auch einmal etwas auf seine Rechnung kommen wird. Jetzt ist es Sache der Kollegen, [illegible] Artikel [illegible] Kommission gewählt, [illegible] Mahnungen [illegible]. Hierauf [illegible].

Demitz-Thumitz. [illegible] 1919. Der Entwurf zur Errichtung einer [illegible], der auf Grund [illegible] Aufschlagsbeiträge [illegible] werden sollte, wurde der nächsten Mitgliederversammlung überwiesen.

Weil allem Anschein nach die neuen Tarife am 1. Januar noch nicht in Kraft treten werden, so wird an die Unternehmervereinigung der Antrag gestellt, vom 1. Januar bis 20. Januar 50 Proz. Erhöhung der jetzigen Teuerungszulage zu fordern, desgleichen freies Werkzeug und Schmiedeschärfe vom gleichen Zeitpunkt an. Die Unternehmer tragen selbst die Schuld, indem sie die ganzen Tarifverhandlungen in die Länge ziehen. — Am 20. Dezember wird die während der Kriegszeit geschlossene Bibliothek wieder eröffnet. Ausgabestellen sind Sonnabend in Demitz (Gewerkschaftshaus) und Konsumverein in Schmölln sowie in Neuschmölln bei Kollegen Friedrich Hesse. — Zu den Volksschulhochkursen wird die Gewerkschaft gegebenenfalls für ihre Mitglieder ebenfalls einen Beitrag in irgendeiner Form bewilligen, sobald hierüber völlige Klarheit herrscht. Die Vorstandsmitglieder der Krankenkassen wurden aufgefordert, ihre Satzungen sofort zu ändern, damit der niedrige Satz an Krankenunterstützung in allen Kassen erhöht werden kann.

Schwarzenbach i. S. Am 16. Dezember fand bei uns eine sehr gut besuchte Versammlung statt, um das Resultat der vorher bei der Firma Künzel, Schedler u. Co. abgeordneten Kommission entgegenzunehmen. Zu diesem Zwecke war auch der Gauleiter Schmidt erschienen. In Sachen Tagelohn wurde bei dieser Firma gemäß des Schiedsspruches des Schlichtungsausschusses Hof nicht bezahlt. Mit ausgesuchter Findigkeit werden solche Schiedssprüche zu umgehen versucht zum Nachteil für die Arbeiter. Mit denselben Methoden wird bei der Handhabung des Tarifes gearbeitet, [illegible] gleich die Anwendung der tariflichen Positionen oft den [illegible] Wortklaubereien. Wo sich nur immer die Möglichkeit bietet, [illegible] dem ohnehin niedrigen Verdienst der Arbeiter etwas abzuzwacken, wird die Auslegung des Tarifes absichtlich nur zu ihren Gunsten angewendet. Beschwerden helfen nichts. Da nun das Verfahren sich konstruiert hat, werden die Arbeiter sich schon ihr [illegible] zu verschaffen müssen. Die Kommission berichtete in diesem Sinne, hoffentlich wird es für die Zukunft besser. Das Los der Steinarbeiter im Fichtelgebirge war früher schon ein sehr trauriges, [illegible] Teuerungsverhältnisse haben es noch verschlimmert. Der [illegible] in Vertretung unserer Forderungen, hat gewiß sein Mögliches getan, und wenn ein Teil Kollegen bei allen Mißständen und wirtschaftlicher Bedrängnis immer nur den Verband und wieder den Verband verantwortlich macht, so fehlen diesen Kollegen leider die Erkenntnisse des Zusammenhanges. Man kann wohl mit einzelnem nicht einverstanden sein, aber mit der Gesamthaltung der Organisation kann nicht mit gutem Gewissen ins Gericht gegangen werden. Wir Kollegen im Fichtelgebirge haben die Verpflichtung, auf die Bestimmungen des Tarifes und deren korrekte Auslegung [illegible] zu achten und unsere Rechte zu wahren. Das gebietet uns schon die wirtschaftliche Not.

Otting. Am 14. Dezember tagte hier eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung. Von allen umliegenden Ortschaften waren die Kollegen erschienen. Der Vorsitzende begrüßte die erschienenen Kollegen sowie auch den Bezirksleiter Kollegen Gegennagel. Nach Bekanntgabe des abgeschlossenen Tarifvertrags, der eine wesentliche Besserung des Einkommens der Arbeiter in den bayrischen Trassenwerken aufwies, entspann sich eine kurze Debatte, die sich in der Befriedigung der erzielten Erfolges deckte. Einige Unstimmigkeiten sollen durch die Betriebsräte geschlichtet werden. Die Vorarbeiten für ein demnächst stattfindendes Vergnügen sollen in Angriff genommen werden. Alsdann ergriff Kollege Gegennagel das Wort und schilderte zunächst die aus der Revolution für die Gewerkschaftsbewegung hervorgegangenen Erfolge. Hierauf auf die Stellungnahme des Arbeiters als Mensch mit gleichen Rechten wie der Unternehmer übergehend, wies Redner besonders auf den Wert der Organisation hin, die keineswegs entbehrlich ist. Im Gegenteil, eine unbedingte Notwendigkeit ist dieselbe unter den heute herrschenden Verhältnissen geworden. Treue der Organisation und festes Rückgrat der Betriebsräte muß gerade für die Arbeiter die Richtschnur sein. Auf einige Fallen, die der Tarifabschluß aufweist, machte Redner aufmerksam, weiterer freiheitlicher Ausbau desselben muß die Parole für die Zukunft sein. Deshalb auf zur fördernden Arbeit in Einigkeit und rastlosem Eifer für das Wohlergehen der Arbeiterklasse! Mit diesen Worten schloß der Redner seine Ausführungen. Reicher Beifall und das Ersuchen auf baldiges Wiedererscheinen war die Antwort. Mit Verlesen der Quartalsabrechnung vom Kollegen Hoffmann fand die gutbesuchte Versammlung ihr Ende.

Chemnitz. Unsere Zustimmung zu den Beschlüssen der Leipziger Kollegen ist bereits nach der Novemberversammlung an den Zentralvorstand abgesandt worden. Sind doch seit dem Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses in Dresden die Lebensmittelpreise zu fabelhafter Höhe emporgeschnellt. Es ist an der Zeit, die Vertragsdauer noch kurzfristiger abzuschließen. Im übrigen hier ein paar Worte zu den Gepflogenheiten der Chemnitzer Unternehmer: Nachdem wir durch örtliche Verhandlungen im Juli eine Gleichstellung mit den Dresdner und Leipziger Kollegen herbeigeführt hatten in bezug auf den Stundenlohn, kam dann wieder in zentralen Verhandlungen das Angebot der Unternehmer von 2.75 M. bzw. 2.65 M. für Provinz! Dieses Lohnminimum ist auch überall bezahlt worden; nur — die Chemnitzer Unternehmer verschanzten sich hinter den zu erwartenden Entscheid des zu fällenden Urteiles des Schlichtungsausschusses in Dresden. Wir dachten nun, daß die Chemnitzer Innung nun die Konsequenz ziehen würde und sich an das Urteil des Schlichtungsausschusses halten würde. Jedoch, nun suchten die Herren wieder den Punkt mit der „Provinz" hervor, an den sie sich jedoch während der Zeit bis zu eben dem Urteil nicht gehalten haben. Nach [illegible] Begriffen hatten wir mehr Konsequenz von den Unternehmern erwartet. Es wird mit Aufgabe sein des Zentralverbandes, bei den kommenden zentralen Verhandlungen die Gleichstellung der sächsischen Großstädte herbeizuführen, wie dies seitens des Bauarbeiterverbandes ab 1920 schon durchgeführt ist. Scharfe Kritik wurde auch geübt in der Versammlung am 9. Dezember über die Verhältnisse im Rochlitzer Gebiet, wo der Zentralvorstand von Mitschuld nicht freizusprechen ist, da für die dortigen Unternehmer der Landestarif anscheinend überhaupt noch nicht existiert. — Des weiteren verlas der Vorsitzende je ein Anerkennschreiben von Kollegen Seidel, Dresden, sowie vom Gauleiter Kollegen Walther, Leipzig, deren Auffassung wir nicht teilen können. Auf Antrag wird beschlossen, mit den Unternehmern in Marmorbetrieben örtlich zu verhandeln, um einen Ausgleich mit der bestehenden enormen Teuerung herbeizuführen. Mit der Bildhauer-Innung soll ebenfalls verhandelt werden über Rückverlegung des für 1. März 1920 festgelegten Lohnsatzes von 2.90 M. auf 1. Januar 1920. Auf ein ablehnendes Antwortschreiben vom Rat der Stadt Chemnitz betreffend des Ausfallen von Zementarbeiten auf Friedhöfen zu verlegen, beschließt die Versammlung, sich nochmals mit einer Eingabe an das Stadtverordneten-Kollegium zu wenden und dieses [illegible], um einen [illegible] Entscheid herbeizuführen. [illegible] wurde Berücksichtigung unseres Antrages erst bei [illegible] in Aussicht gestellt. Auf Antrag [illegible] die Familie des noch in französischer Gefangenschaft [illegible] Kollegen [illegible] durch eine Weihnachtsgabe [illegible] Kollegen Günther [illegible] bewilligte die Versammlung [illegible] Rückzahlung). Die Angelegenheit [illegible] Kollegen, welcher [illegible] ausgesperrt wurde, wird [illegible] in Verbindung zu treten, ob und inwieweit [illegible] in Frage kommt. (Bekannt [illegible] Red.) Seit 1. November 1919 [illegible] Sonderkrankenunterstützung eingeführt, deren [illegible] gewährt wird, wenn die letzte [illegible] genügend [illegible] worden ist. Ein [illegible] Versammlungsbericht ist bis jetzt [illegible]

[illegible]. Am 6. Dezember fand im [illegible] eine mäßig besuchte [illegible] [illegible] Das Andenken [illegible] Kollegen [illegible] Kollege [illegible] Darauf erläuterte er die neuen Verträge [illegible] [illegible] Zur [illegible]

Steinhauer, die bis jetzt 150 Prozent Zulage auf die Grundlöhne des Tarifvertrages Nr. 5 (1915) erhielten, tritt eine solche von 200, 210, 225 und ab 1. März 1920 von 250 Prozent. Die Preise der Pflastersteine, die ab 24. November 1919 11.50 M. 1. Sorte und 6.50 M. 2. Sorte betragen, werden auch gestaffelt um je 50 Pf. erhöht, so daß sie ab 1. März 1920 13 M. bzw. 8 M. betragen. Steinbrecher erhalten ab 24. November 1919 in 1. Klasse 2.25 M., 2.40 und ab 1. Februar 1920 2.50 M.; in 2. Klasse 2 M., 2.15 M. und ab 1. Februar 1920 2.25 M. Stundenlohn. Für diese Kategorie muß aber ein höherer Lohn erzielt werden, da höchstens die Arbeit, nicht aber auch die Gefahr bezahlt wird. Zu der voraussichtlich am 21. Dezember stattfindenden Bezirkskonferenz wurden folgende Delegierte gewählt: Vom Vorstand die Kollegen Schmitt und Haupt und aus der Versammlung die Kollegen Müller, Karl und Geisbüsch, Josef. Eine Sammlung für die in Not befindliche Familie eines verstorbenen Kollegen ergab die Summe von 66 Mark. Nachdem noch über einige Mißstände auf dem Grubenfeld diskutiert war, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsche, daß die nächste Versammlung etwas besser besucht würde, da es hier in unserem Gebiet darauf ankommt, unserer freien Gewerkschaft immer mehr Halt und Zuwachs zu verschaffen. Dazu bedarf es aber vor allem, daß die Kollegen regelmäßig die Versammlungen besuchen.

Eberhardsreuth. Die Steinhauer vom hiesigen Granitwerk haben einhellig beschlossen, weil die Zahlstelle Tittling zu weit abgelegen ist, selber eine Filiale zu gründen. Es kommen vorläufig 14 Kollegen in Betracht. In einer Versammlung am 14. Dezember gab der Vorsitzende von der Zahlstelle Tittling, Kollege Fenzl, die nötige Aufklärung, Anleitung und Einsicht zur Führung einer Zahlstelle und berichtete auch ferner über den neuen Werksteintarif für Bayern. Die Wahl der Ortsverwaltung fiel auf Kollege Pozleitner als Vorsitzender, Johann Feld wurde Kassierer und A. Drindl, Schriftführer, Revisor Georg Wirkert. Mit dem Wunsche, daß die neue Zahlstelle sich zum Organisations-Fundament im Bayrischen Wald entwickeln möge, war Schluß der Versammlung.

Goldberg (Schlesien). Am 20. Dezember fand im Gasthof zum Roß eine Mitgliederversammlung statt. Kollege Steininger, Liegnitz, referierte über die Reichstarifverträge in der Steinindustrie. Nach eingehender Erklärung über die stattgefundenen Verhandlungen über den Denkmaltarif und den Reichsarbeitsvertrag für die Schotter- und Pflastersteinindustrie führte der Referent die Taktik der Arbeitgeberverbände vor Augen. Sie seien bestrebt, sofort nach Eingang ihrer Tarifvorschläge in Beratung einzutreten, was die Arbeitnehmer ablehnen müssen, da zuerst eine genaue Durchsicht derartiger Vorlagen nötig sei. Die Kollegen müßten sich jetzt schon mit der Angelegenheit der neuen Tarife beschäftigen, da die Verhandlungen nicht mehr in weiter Ferne liegen. Die Arbeitgeber seien sehr gut organisiert und bestrebt, nur die Mindestsätze der tariflichen Abmachungen zu zahlen. Anläßlich einer Verhandlung beim Schlichtungsausschuß in Waldenburg habe ein Arbeitgeber erklärt, er dürfe Zulagen nicht gewähren, da er sonst Strafe bezahlen müsse, es bestehe ein Beschluß des Unternehmerverbandes. Als der Gauleiter den Vorsitzenden der Unternehmerorganisation darüber um Aufklärung fragte, wurde erklärt, es sei nichts bekannt. Im Punkt Verschiedenen kam zur Sprache, daß die Kollegen im Basaltwerk, Kreis Trebnitz, die Teuerungszulage, wie sie im November vereinbart ist, noch nicht bekommen, auch wurde ihnen die Beschaffungsbeihilfe nicht gewährt. Betreffs der Zulage hat der Kreisbaumeister erklärt, daß er noch keine Mitteilung von der Gauleitung habe. Steininger erklärte, sofort an den Kreisausschuß zu schreiben, bezeichnet es aber als höchst eigentümlich, daß die Firma auf eine Aufforderung durch die Organisation der Arbeiter warte, um den Arbeitern ihr Geld zu geben. Die Unternehmerorganisation habe in einem Rundschreiben die einzelnen Mitglieder zur Zahlung aufgefordert, außerdem habe der Arbeiterausschuß das Geld öfters gefordert. Auch wurde darauf verwiesen, daß von der Firma geklagt werde, daß der Betrieb unrentabel sei. Die Arbeiter können sich das nur dadurch erklären, daß Arbeiten, wie Kartoffel auflesen, Botengänge besorgen, Wassertragen doch nicht auf Konto Steinbruch genommen werden dürfen. Auch wäre der Lastzug nicht zum internationalen Möbeltransport da. Es wäre am Platze, daß die Kreisleitung etwas mehr hinter der Betriebsleitung nachsehe, ob alles richtig in Rechnung gestellt wird. — Die Kollegen im Betrieb Pilgramsdorf (Provinzialverband Posen) führen darüber Klage, daß noch immer die Arbeitszeit beschränkt sei. Der Gauleiter schilderte hierauf das Ergebnis der Aussprache mit Herrn Regierungsbaumeister Freysiedt, welchem es leid tue, daß nicht länger gearbeitet werden könne, da Aufträge nicht zu erhalten seien und auch Gelder nicht zur Verfügung stehen. Mit Versprechungen, die in Breslau und Berlin gemacht werden, können aber die Arbeiter nicht bezahlt werden, und Gelder stelle niemand zur Verfügung. Es müsse erst abgewartet werden, wie die Verhandlungen verlaufen und wer die Betriebe der Provinz Posen bekomme. Im Schlußwort verabschiedet sich Kollege Steininger von der Zahlstelle und ersuchte die Kollegen mehr denn je zusammenzuhalten und die Organisation immer mehr auszubauen, sich nicht durch Quertreiberei, mögen sie kommen von rechts oder links, zersplittern zu lassen. Die Arbeiterschaft habe es in der gegenwärtigen Zeit am nötigsten, auf allen Gebieten einig zu sein. Er dankte für das erwiesene Vertrauen der Kollegen und ersuchte, auch seinem Nachfolger Vertrauen entgegenzubringen. Der Vorsitzende dankte dem Gauleiter für seine Bemühungen und sprach den Wunsch aus, ihn recht bald wieder begrüßen zu können.

Allgemeine Bekanntmachung.

Gau V, Köln.

Der Gauleiter Herrmann ist erkrankt. Die Zahlstellen werden gebeten, sich in sehr dringenden Fällen an folgende Adressen zu wenden: für die Zahlstellen des besetzten Gebietes an: Jacob Braun, Mayen (Rheinl.), Witbende 20. Für die Zahlstellen des Ruhrsandsteinbezirks an: Carl Linke, Witten (Ruhr), Ardeystr. 35. Für den Kalksteinbezirk, Wülfraht und Umgebung an: Martin Helten, Dornap-Wieden (Rheinl.), Bahnstr. 227. Für das Oberberg. Gebiet, den Westerwald, Lahntal und Oberhessen an: Stephan Lenz, Becke bei Gummersbach (Rheinl.).

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Es wird nochmals auf die pünktliche Einsendung der Abrechnung vom 4. Quartal und des statischen Fragebogens hingewiesen. Auf der Abrechnung ist beim Mitgliedernachweis die Arbeitslosenziffer nicht zu übersehen.

•

Ab 1. Januar muß bei Krankmeldungen das Meldeformular und der Auszahlungsblock den Vermerk über die Beitragsklasse enthalten, und jedes Formular, wie überhaupt alle Mitteilungen den Zahlstellenstempel enthalten. Das ist deshalb schon notwendig, weil sehr oft der Ortsname fehlt und die Adressen von 425 Zahlstellen nicht im Gedächtnis haften.

•

Die Ortsverwaltungen haben die Pflicht, mindestens 1 Exemplar des „Steinarbeiter" zu sammeln, einmal, um etwas nachsehen zu können und dann, um am Jahresschluß die ganze Ausgabe binden lassen zu können; die Kosten sind dann auch geringer.

•

Zahlstellenverwaltungen, die bis zum 10. Januar 1920 nicht im Besitz des Arbeitslosenmaterials sind, wollen sich bitte durch kurze Nachricht melden. Der Versandt wird bis zum 5. Januar getätigt sein.

Adressenänderungen.

I. Gau.

Dramburg (Pommern). Kass.: Aug. Gerwin, Große Wollwebstraße 11.

II. Gau.

Grünberg (Schlesien). Kass.: Fritz Jua, Lanweise 25 bei Wegbauer.

Hockenau, Kreis Goldberg (Schlesien). Vors.: Friedrich Müller, Sandbrunnd 71. Kass.: Robert Pätzelt, Neudorf a. Gröditzberge (Schlesien).

[illegible]. Vors.: Edmund Volkmer, Hausdorf, Nr. [illegible] schwerdt (Schlesien).

Wüstegiersdorf (Schlesien). Vors.: Emil Pitsch, Tannhausen, Bahnhofstr. 78. Kass.: Anton Kahn, Ober-Wüstegiersdorf Nr. 30.

IV. Gau.

Oldenburg. Vors.: Wilhelm Schneider, Marienstr. 9. Kass.: Karl Weiderdt, Lüttichstraße 1.

Paderborn i. Westf. Vors.: Curt Grupp, Glashüttenstr. 35.

V. Gau.

Letmathe i. Westf. Vors.: Franz Büscher, Bachstr. 4, Kass.: Karl Hofmann, Letmathe-Oestrich, Bismarckstr. 8.

VI. Gau.

Roßdorf bei Darmstadt. Vors.: Friedrich Roth, Steinrichter, Bahnhofstr. 61. Kass.: Heinrich Rückert, Steinbrecher, Hintergasse.

VII. Gau.

Bach b. Donaustauf. Vors.: Joh. Jobst, Nr. 56, Kass.: Franz X. Scheck, Nr. 76.

Floß (Oberpfalz). Vors.: Ludwig Fuchs.

VIII. Gau.

Schopfloch. Vors.: Friedrich Eindel.

Völkershausen. Vors.: Adam Eckert. Kass.: Georg Lotz in Sünna.

Briefkasten.

An die Schriftführer. Die Redaktion verweist nochmals auf die Briefkastennotiz in Nr. 51 vorigen Jahres und ersucht um deren dringende Beachtung. In der Kürze liegt die Würze. Alles nicht allgemein Interessierende lasse man aus den Berichten fort, oder diese überhaupt. Der Raum ist knapp, Papier rar und sehr teuer. Für diese Nr. 1 haben wir zu einer Beilage uns entschließen müssen, um der Berichte-Flut zu dämmen. Künftig dürfen wir zu diesem Hilfsmittel nicht wieder greifen. Durch die vielen nichtssagenden Berichte leiden andere, viel wichtigere Abhandlungen. Darum Schriftführer: Mäßigung mit den Versammlungsberichten!

•

Walsrode. B. Eine Schartiermaschine, System „Arjan", war auf der Baufachausstellung Leipzig 1913 ausgestellt. [illegible] in der Schweiz verschiedentlich im Gebrauch. Lieferant ist Räderfabrik Seebach b. Zürich. Nach der Anpreisung können Flächen von 3×0,80 Meter bearbeitet werden. Sie „soll" soviel leisten, wie 10 Steinmetzen und kann jedes Profil herstellen, bearbeitet jedes Gestein außer Hartgestein.

Neue Bücher, Broschüren, Zeitschriften usw.

Grundriß der Berufskunde und Berufshygiene von Prof. Dr. B. Chajes, Arzt in Berlin-Schöneberg. Bücherei der Leopold-Akademie für Verwaltungswissenschaften in Detmold. Herausgegeben von Studiendirektor Prof. Dr. Kastner. Meyersche Buchhandlung in Detmold.

Es ist ein informierendes Buch, das auf dem Gebiete der Berufskunde und Berufshygiene seinen Platz behaupten wird. Mit großem Fleiß und methodischem Geschick ist die Fülle des Stoffs gemeistert, es bildet so eine Fundgrube für alle, die sich auf diesem Gebiete betätigen müssen; Redaktionen, Gewerkschaftsangestellte, Parlamentarier, Sozialpolitiker usw. Neben der allgemeinen Berufskunde und -Hygiene wird die Frauenarbeit, Kinderarbeit, Heimarbeit, Wohnungsverhältnisse, Ernährungsverhältnisse, Alkoholismus, der Arbeitslohn und Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung gesondert in knappen Ausführungen behandelt. Dann die Staubeinwirkungen und Gefahren; der Schutz für die Berufstätigen in der sozialen Gesetzgebung und ferner wird jeder Beruf besonders untersucht unter Hervorhebung der betreffenden Berufsgefahren und Krankheiten. Als Anhang ist eine Uebersicht beigegeben über die Berufsschädigungen und Erfordernisse bei der Ausübung der einzelnen Berufe. Von den Steinarbeitern wird nur die Tätigkeit der Steinmetzen gewürdigt nach den Grundlagen von Dr. Sommerfeld und Calver und von den Ergebnissen der Leipziger Ortskrankenkassenstatistik von 1910. Der Verfasser hat sich aus den einzelnen Industrien die meist leidenden Sparten herausgezogen. Darunter leidet der Wert des Buches nicht. Erziehern und Berufsberatern wird es eine willkommene Hilfe sein auf Grund der ärztlichen Thesen für die einzelnen Berufe. In allen Bibliotheken, wo unsere Kollegen in der Anschaffung etwas mit hineinzureden haben, sollte das Buch nicht fehlen. Preis brosch. 12.50 M., geb. 15.— M. 273 Seiten.

„Proletkult-Bücherei für Bildungskampf" nennt sich ein neues Unternehmen, Berlin-Weißensee. Als erste Schriften sind erschienen: „Die politischen Rechte und ihre Bedeutung für die Arbeiterklasse" von Peter Kropotkin. „Sozialismus und Krieg" von N. Lenin. Preis 13 und 18 Pf.

Versammlungs-Anzeige.

Karlsruhe (Baden). Sonnabend, den 10. Januar, Versammlung. Lokal: Großherzog Friedrich, Veilchenstraße. Erscheinen sämtlicher Mitglieder notwendig.

Anzeigen

Kollege **Joseph Viehöfer** wo steckst Du? Es sucht Dich Dein Kollege **Hubert Kohlbecker, Osnabrück**, Bierstr. 7.

Mod. Grabmalschriften u. Verzierungen z. Durchpausen a. Stein; sowie Alphabete auf Entwurfspapier gezeichnet in versch. Größen und Arten.
Schriftzeichnerei Gießen (Hessen) Licher-Str. 37

Hobelbandstahl, Werkzeuge, Knüppel, Steinhauerbleistifte
liefert prompt
Max Muster, Chemnitz i. Sa.

Marmormaschinenschleifer, Schrifthauer
für Hart- und Weichgestein, welche perfekt zeichnen können, in dauernde Arbeit gesucht.
Stettiner Steinindustrie G.m.b.H. Stettin

Tücht. Marmorschleifer
sucht sofort
J. Buchmann, Reichenbach i. Schles.

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.)

In **Cunewalde** der Brecher **Emil Ziesch**, 36 Jahre alt, in Gefangenschaft verstorben.

In **Erfurt** (Lazarett) am 4. Dezember der Sandsteinmetz **Johannes Orth**, 44 Jahre alt, an Lungenschwindsucht.

In **Pirna** am 12. Dezember der Hilfsarbeiter **G. Emil Protze**, 52 Jahre alt, infolge Unfalls.

In **Weißenstadt** am 18. Dezember der Granitsteinmetz **Johann Küspert**, 46 Jahre alt, an Lungentuberkulose.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Alois Staudinger, beide in Leipzig.
Gedruckt in der „Freien Presse" Leipzig.

Beilage des „Steinarbeiter“

Nr. 1 — Sonnabend, den 3. Januar 1920 — 24. Jahrgang

Aus der Steinindustrie.

Schneller Häutungsprozeß. Kapitalistische Fixigkeit in der Umstellung der Produktion hat schon manches Kuriosum gezeitigt. Der „Deutsche Steinbildhauer“ bringt unter „Handel und Verkehr“ nachstehende Notiz:

„Haferfutterbrot-Fabrik, G. m. b. H., in Berlin. Die Firma der Gesellschaft ist geändert in: Deutsche Marmor- und Alabaster-Werke G. m. b. H. Gegenstand des Unternehmens ist jetzt: die Herstellung und der Vertrieb von Marmor- und Alabasterfabrikaten sowie ähnlicher Waren, ferner auch die Beteiligung an Unternehmungen ähnlicher Art“.

Wundern brauchen wir uns hierüber nicht, aber eine Grimasse wird wohl jeder von unseren Berufskollegen ziehen, wenn er die Notiz gelesen, denn zwischen Haferfutterbrot- und Marmorfabrikation läßt sich schwerlich eine verwandtschaftliche Linie entdecken, es sei denn nur die kapitalistische.

Die Rheinisch-Westfälischen Kalkwerke, Dornap, beabsichtigen ihr Grundkapital von 4½ Millionen auf 18 Millionen Mark zu erhöhen.

Keine Auslandsaufträge. Kürzlich lief eine Notiz durch die Tagespresse, daß die mitteldeutschen Basaltwerke (Thüringen und Rhön) umfangreiche Aufträge für das Ausland zu verzeichnen hätten; so nach Frankreich, Belgien, Holland und England und zwar Kleinschlag für Straßen und Eisenbahnen. Wir haben diese Notiz gleich bezweifelt und vermuten dahinter heute noch jene Kreise, die sich für die Einfuhr ausländischen Gesteinsmaterials im Hintergrunde betätigen. Jetzt stellt sich die Notiz auch tatsächlich als „Mache“ heraus. Es liegen nicht nur keine Auslandsaufträge vor, sondern es mangelt auch im Inlande an Nachfrage nach diesem Material.

Ein Irrtum. Die Fachzeitschrift „Der Steinbruch“ vom 22. Dezember bringt unter „Sozialpolitisches“ die Nachricht, daß die Nationalversammlung unterm 30. Juli 1919 ein Arbeiterurlaubsgesetz beschlossen hat und bringt das Gesetz auch zum Abdruck. Dieses Gesetz ist nicht in der Deutschen Nationalversammlung beschlossen worden, sondern in — Oesterreich. (Siehe auch „Steinarbeiter“ vom 13. September 1919 Rundschau.)

In der oberfränkischen Granitindustrie droht, durch Kohlenmangel, Fehlen der nötigen Eisenbahnwagen zum Abtransport der fertigen Erzeugnisse und Schwierigkeit in der Zufuhr des Rohmaterials, besonders aus Schweden, größere Betriebsstockung einzutreten und damit Arbeitslosigkeit unserer Kollegen.

Ein großes Geschäft. Im „Berliner Tageblatt“ stand kürzlich folgende Anzeige: „Zur Ausbeutung eines Marmorberges in Italien wird eine Finanzierung von zirka 500 000 M. gesucht. Bei einer jährlichen Produktion von zirka 3 000 000 M. ist ein Verdienst von zirka 1 000 000 M. sicher. Anfragen an S. del Frate, Charlottenburg.“ — Es verfalle nun aber keiner von unsern Kollegen etwa auf den Gedanken, daß auch in unserem Vaterlande solche Gewinne erzielt werden im gleichen Verhältnis. Denn aus den Verhandlungen über die Teuerungszulagen weiß ja ein großer Teil unserer Kollegen, daß in den Unternehmungen fast immer — draufgelegt werden muß. Es ist dies wirklich ein Jammer. Wir sind nur neugierig, ob die in Italien das auch ihren Arbeitern erzählen.

Die Verhandlungen über den Reichsstädte-Tarif gescheitert.

Wie unsern Kollegen bekannt ist, hat unsere Organisationsleitung bereits im Juli 1919 eine Reichsstädte-Tarif-Vorlage ausgearbeitet und ihnen den Entwurf zur Begutachtung unterbreitet. In eingehenden schriftlichen Beratungen wurden dann die Wünsche der städtischen Zahlstellen noch in die Vorstandsvorlage hineingearbeitet. Die ersten gemeinsamen Verhandlungen mit dem Deutschen Steinindustrie-Verband, dem Bayrischen Steinindustrie-Verband und dem Verband Deutscher Granitwerke fanden dann am 15. Oktober in Berlin statt. Die Herren Unternehmer waren sich anscheinend über unsere Vorlage nicht im klaren, denn, trotzdem 40 Herren zur Stelle waren, erklärte der Deutsche Steinindustrie-Verband, nicht genügend vorbereitet zu sein, und diese Verhandlungen gingen dann ergebnislos auseinander. Die Herren vom D. St.-V. hielten dann mehrere Beratungen in Würzburg ab und arbeiteten eine Gegenvorlage aus, die nun den Titel trug „Reichsarbeitsvertrag für die Steinindustrie im deutschen Reichsgebiet“. Auch die Arbeitnehmer unterzogen ihre Vorlage noch einer kleinen Revision und reichten sie unverzüglich dem D. St.-V. ein. Unter dem Vorsitze des reichsarbeitsministeriellen Vertreters, Herrn Regierungs- und Baurat Guth, fanden dann am 17. Dezember in Berlin die neueren Tarifverhandlungen statt. Es waren folgende Herren Unternehmer zur Stelle: Hesse, Berlin, Wilhelm, Stralsund, Sickert, Berlin, Bäumges, Dortmund, Franke vom V. D. G., Karlsruhe, Schönmann vom B. St.-V., München, vom Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands waren anwesend: Seidel, Dresden, Nitsche, Berlin, Neumann, Hamburg, Menges, Frankfurt, Ziemann, München, Staudinger, Leipzig. Als Wortführer vom D. St.-V. fungierte Herr Hesse, der seine Einleitung damit begann, indem er erklärte, **die Unternehmer hätten gebundene Mandate, sie könnten auf den Reichsstädtetarif unter keinen Umständen eingehen,** für sie sei nur maßgehend der Reichsarbeitsvertrag für die Steinindustrie im deutschen Reichsgebiet. Die Vorlage des Steinarbeiter-Verbandes mit dem Titel „Reichsstädtetarif-Vertrag“ könne überhaupt nicht zur Beratung gestellt werden. Die Arbeitnehmer waren über einen solchen Verhandlungsmodus natürlich sehr erstaunt und erklärten, die Verhandlungen nicht scheitern lassen zu wollen, aber auf keinen Fall würde der Steinarbeiter-Verband die Interessen seiner städtischen Kollegen preisgeben. Die Taktik des D. St.-V. geht dahin, einen allgemeinen Mantelvertrag für die deutsche Steinindustrie zu schaffen, der auf die ländlichen Verhältnisse zugeschnitten ist und mit diesem Mantelvertrag sollen auch die städtischen Arbeiter, die teilweise 43 und 44 Stunden die Woche arbeiten, ebenfalls beglückt werden. Unsere Kollegen erklärten, daß sie sich unter keinen Umständen dem Diktum der Unternehmer fügen würden, sie erklärten sich weiter zum Abschluß des Reichsmantelvertrages bereit, aber es müßten dann Klauseln geschaffen werden, die auch sofort in Vorlage gebracht wurden, dahingehend, daß die Interessen der städtischen Steinarbeiter ebenfalls genügend geschützt würden. Die Unternehmer stützten sich aber immer wieder auf ihr gebundenes Mandat und fanden taktisch nicht so viel Geschicklichkeit, auf die Brücke zu treten, die unsere Kollegen gezimmert hatten. Hätten unsere Verbandsvertreter den Reichsmantelvertrag getätigt, ohne dabei die Wünsche der städtischen Steinarbeiter zu berücksichtigen, dann wären die letzteren mit Recht über das Vorgehen der Verbandsleitung entrüstet gewesen. Auffällig war es auch, daß der Herr Vertreter des Reichsarbeitsministeriums der Auffassung des D. St.-V. nicht widersprach, und so war es ohne weiteres klar, daß die Verhandlungen zum Scheitern kommen mußten.

Um den Kollegen im Reiche zu zeigen, in welcher Weise der D. St.-V. bemüht war, den Achtstundentag zu umgehen, sei folgender Vorschlag, der den Arbeitern überreicht wurde, und in dem es heißt:

„Sollte im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse eine längere Arbeitszeit notwendig sein, so soll in den Industriezweigen, welchen hierzu die Genehmigung erteilt wird, die tatsächliche Arbeitszeit bis zu 10 Stunden festgesetzt werden.“

Also darauf will der D. St.-V. hinaus, die Arbeitszeit wesentlich zu verlängern und dabei auch die städtischen Kollegen zu treffen. Unsere Vertreter lehnten diesen Ergänzungsvorschlag glatt ab, und es ist bezeichnend für die sozialpolitische Auffassung des D. St.-V., daß er überhaupt einen solchen Antrag stellte. Wir haben die Empfindung, daß der D. St.-V. seinen Reichsmantelvertrag diktieren wollte, denn all die Vorschläge und Abänderungsanträge, welche arbeiterseits eingebracht, wurden nicht berücksichtigt. Herr Hesse spielte den Entrüsteten, weil ihm nahegelegt wurde, daß sich die Verhandlungen mit dem D. St.-V. immer schleppend hinzögen. Im Juni 1919 wurde mit dem V. D. G. in Leipzig verhandelt, es kam der umfangreiche Reichslohntarif zum Abschluß. Große Schwierigkeiten waren zu überwinden. Aber der Abschluß konnte immerhin getätigt werden. Dann kamen im Oktober die umfangreichen Verhandlungen über den bayrischen Granitwerksteintarif, welche in Nürnberg stattfanden. Auch dieser Tarifabschluß, und zwar kam diesmal der Bayrische Steinindustrie-Verband in Frage, wurde trotz großer Schwierigkeiten zu einem gedeihlichen Ende geführt. Kaum kommen wir aber an die Spitze des D. St.-V. heran, so sehen wir, daß wegen Mangels jeglicher Vorbereitung die Verhandlungen zum Scheitern gelangen. Am 15. Oktober 1919 waren etwa 40 Herren aus der ganzen deutschen Steinindustrie in Berlin vertreten und die Leitung vermochte nicht so viel taktische Geschicklichkeit aufzubringen, daß es über die Reichsstädtetarif-Vorlage zu einer Kommissionsberatung kam. Damals wenig Weitblick gegenüber der Vorlage der Arbeiter und am 17. Dezember 1919 die Ungeschicklichkeit durch den D. St.-V. mit der stets wiederkehrenden Betonung, daß sich in diesem Falle die Vertreter der Arbeitgeber an die gebundenen Mandate halten müßten. Wenn unsere Kollegen über ein solches Verfahren empört waren, so ist das durchaus erklärlich. Unsere Kollegen erklärten deshalb, daß sie nun in der Zukunft in taktischer Hinsicht nach Belieben handeln würden, und daß am Scheitern dieser Verhandlungen nur der D. St.-V. schuld sei.

Die Verhandlungen standen auch insofern unter einem ungünstigen Stern, indem die Berliner Gastwirte faktisch den Streik beschlossen und die Vertreter der beiden Verbände nicht im geringsten in der Lage waren, während der Verhandlung die geringste körperliche Stärkung zu sich nehmen zu können. Die Verhandlungsteilnehmer waren deshalb herzlich froh, als sie der ungastlichen Stätte Berlin wieder den Rücken kehren konnten.

Zur zollfreien Einfuhr schwedischer Pflastersteine.

Bereits in Nr. 52 ist auf die drohende Wirkung für die deutsche Hartsteinindustrie eindringlich hingewiesen worden. Unsere Verbandsleitung hat in einer erneuten und umfangreichen Eingabe an das Reichswirtschaftsministerium nochmals auf den ungeheuer schädigenden Einfluß für die deutschen Pflastersteinarbeiter verwiesen und sozusagen in letzter Stunde den Regierungsstellen die Gründe gegen die zollfreie Einfuhr von schwedischen Pflastersteinmaterialien noch einmal vorgestellt. Wir drucken diese aus der Eingabe ab:

1. Die deutsche Hartstein-Industrie war schon in Friedenszeiten durch die zollfreie schwedische Gesteinseinfuhr enorm geschädigt. Die norddeutschen Stadtverwaltungen bezogen mit Vorliebe schwedische Steine, weil sie etwas billiger waren als die deutschen Materialien. Alle unsere Einwendungen gegenüber diesen Stadtverwaltungen blieben erfolglos. Die Städte teilten unserer Organisationsleitung mit, daß sie die schwedischen Steine deshalb bevorzugten, weil sie billiger waren. Daß dadurch die soziale Lage der deutschen Hartsteinarbeiter herabgedrückt wurde, war den nord- und westdeutschen Städten vollständig gleichgültig.

2. Wird dieser Handelsvertrag mit Schweden getätigt, dann fallen auch sämtliche Einfuhrverbote. Die Schweden haben es dann in der Hand, die deutschen Wasserstraßen in weitgehender Weise auszunützen. Die deutschen Steinbruchsbesitzer können dies nicht, weil deren Steinbrüche von diesen Wasserstraßen sehr weit ab liegen.

3. Schon während des Krieges versuchten die Schweden, als die Einfuhrverbote noch bestanden, die alten Absatzgebiete in Deutschland wieder zu erobern. Nur dadurch, daß die Steinarbeiter auf die ungeheuren Gefahren aufmerksam machten, welche ihnen durch die schwedische Einfuhr drohten, haben die Reichsbehörden in den meisten Fällen die beantragte Einfuhr abgelehnt. Bemerkt sei, daß sogar deutsche Stadtverwaltungen und preußische Landkreise mit Hochdruck darauf hinarbeiteten, schwedische Steine zollfrei einführen zu dürfen. Es war also das Schauspiel zu verzeichnen, daß zirka 50 000 deutsche Steinarbeiter auf den verschiedenen Schlachtfeldern für die nationale Ehre kämpften, die Steinbrüche dadurch entvölkert waren und deutsche Stadtverwaltungen nichts Eiligeres zu tun hatten, als wie Gesteinslieferungen vom Auslande zu beziehen.

4. Die Lage der deutschen Steinindustrie ist zur Zeit folgende: Die Lagerplätze sind mit großen und kleinen Pflastersteinen, mit Packlage, Schotter, Rollierungsmaterialien geradezu überfüllt. Wegen Mangels an Transportmitteln kann eine Abfuhr nicht erfolgen. Anderseits halten gerade zur Zeit die Stadtverwaltungen, die Eisenbahnbehörden mit der Erteilung von Aufträgen zurück und zwar aus Gründen der allgemeinen Geldknappheit.

5. Die Steinindustriellen haben durch die Aufstapelung ungeheurer Vorräte zu großen Bankvorschüssen greifen müssen, und jetzt kann die erzeugte Produktion nicht abgesetzt werden. Zugleich droht aber von Schweden die massenhafte zollfreie Einfuhr, was nichts anderes als wie den völligen Ruin vieler deutscher Steinindustrieller bedeuten wird.

6. Die soziale Lage der deutschen Hartsteinarbeiter muß eine höchst ungünstige genannt werden. Auf die Friedenslöhne vom Jahre 1914 sind jetzt erst 170 bis 200 Prozent Teuerungszulage gewährt worden. Die Steinindustrie war keine Kriegsindustrie, und somit konnte erst in den Jahren 1918 und 1919 die Teuerungszulagenbewegung etwas besser gefördert werden. Die Löhne der Steinarbeiter sind heute aber noch viel geringer als wie die Löhne der Bau-, Fabrik-, Holz-, Wald- und anderer Arbeiter. Ausdrücklich sei bemerkt, daß nach Meinung der Arbeiter auch die Unternehmer bezüglich der Gewährung der Teuerungszulage bis an die Grenze des Möglichen gegangen sind. Dies anzuerkennen fühlen wir uns in dieser Stunde besonders veranlaßt.

7. In Friedenszeiten war es den Schweden möglich, täglich 200 Eisenbahnwagenladungen Pflastersteine zollfrei nach den Ost- und Nordseehäfen einzuführen. Das sind vom Standpunkt des Fachmannes aus ganz ungeheure Quanten, welche nach den norddeutschen Städten seitens der schwedischen Steinindustriellen geworfen wurden. Die Steinarbeiter können sich eine solche Masseneinfuhr unter keinen Umständen mehr gefallen lassen und verweisen die zuständigen Reichsministerien auf diese Tatsache. Wir haben schon ausgeführt, daß wir in Deutschland zur Zeit eine solche Fülle von steinindustriellen Produkten aufzuweisen haben, daß mehrere Monate nötig sein werden, um diese Produkte abzusetzen.

8. Die Reichsregierung wird wahrscheinlich darauf verweisen, daß noch eingetretener Verlängerung des deutsch-schwedischen Handelsvertrags die Einfuhrverbote nicht völlig beseitigt werden. Dieser Hinweis an und für sich mag zutreffen, aber ist der Handelsvertrag einmal abgeschlossen, dann beheben die Schweden auf ihrem Schein. — die Meistbegünstigungsklausel muß jenem Lande zugesprochen werden —, und somit kann die Regierung in den meisten Fällen die zollfreie Einfuhr der Pflastersteine nicht im geringsten verhindern.

9. In Regierungskreisen wurde darauf hingewiesen, die deutsche Steinindustrie möge sich aktiv am Wiederaufbau der Gebiete in Belgien und Frankreich beteiligen. Wir sind der Auffassung, daß dieser Hinweis nur platonisch gemeint ist, denn auch in Belgien und Frankreich befinden sich Granite und Kalksteine in Hülle und Fülle, so daß man in jenen Ländern auf die deutschen Gesteine kaum angewiesen sein dürfte. Ueberdies wäre es dann vernünftiger und wirtschaftlich viel rationeller, wenn man zum Wiederaufbau, soweit Pflastersteinlieferungen in Frage kämen, schon besser die Schweden damit „verschönen“ würde. Die Schweden können bis Dünkirchen und Calais mit Leichtern und Dampfern die Steine anliefern, und auf diese Weise würden wenigstens die deutschen Transportmittel nicht in Anspruch genommen. Wir müssen aber ganz entschieden dagegen Verwahrung einlegen, daß man die deutschen Hartsteinarbeiter auf die Wiederaufbaumöglichkeit im Westen verweist, zugleich aber durchblicken läßt, daß die schwedischen Unternehmer die norddeutschen Städte mit ihren Gesteinsprodukten durch die zollfreie Einfuhr vollständig überschwemmen können.

10. Wir machen die Reichsregierung insbesondere darauf aufmerksam, daß wir in Deutschland hervorragende Granit-, Basalt-, Dyorit-, Melaphyr- und Grauwacke-Materialien haben, die sich alle zu Pflastersteinzwecken ganz hervorragend eignen. Wir sind also auf die Rohstoffe des Auslandes, soweit Straßenbaumaterialien in Frage kommen, auch nicht im geringsten angewiesen. Volkswirtschaftlich ist es deshalb nicht zu begreifen, daß wir große Mengen Steine, die in Deutschland mit Leichtigkeit geliefert werden könnten, nun zollfrei aus dem Auslande einführen und dadurch die deutsche Valuta noch erheblich herabgedrückt wird.

11. Auf das nationale Gefühl der norddeutschen Stadtverwaltungen können sich die deutschen Hartsteinarbeiter nicht im geringsten verlassen, weil die Schweden, insbesondere durch die Wasserfracht, billiger liefern können. Deshalb werden die billigen ausländischen Angebote den deutschen stets vorgezogen. Wir verweisen besonders darauf, daß die Reichshauptstadt Berlin zum vorwiegenden Teile schwedische Steine verpflasterte, trotzdem die schlesischen und Lausitzer Steinbrüche nur 150—200 Kilometer von der Reichshauptstadt entfernt liegen.

12. Wir übertreiben nicht im geringsten, wenn wir den Reichsbehörden mitteilen, daß durch die zollfreie Gesteinseinfuhr alle deutschen Hartsteinarbeiter geschädigt werden. Eine Katastrophe wird aber direkt eintreten für unsere Kollegen in Schlesien, in der Lausitz, in der Gegend von Grimma, Wurzen und Gommern, im Harze, im Rheinlande und Westfalen, sowie auch im Odenwald. Aber auch die Steinbruchsgebiete im bayrischen Wald werden die schwedische Einfuhr sehr zu spüren bekommen, weil durch die Zertrümmerung des österreichisch-ungarischen Staates die Ausfuhr aus Bayern nach Wien und Budapest in Zukunft völlig unmöglich gemacht ist.

13. Die Steinbruchsgebiete bilden meistens kleine geschlossene Territorien für sich, und wenn jetzt der Bestand dieser Industrie durch die massenhafte Einfuhr aus Schweden gefährdet ist, so werden ganze Ortschaften entvölkert werden, denn als nächste Folge werden große Arbeiterentlassungen vor sich gehen. Wir machen die Reichsregierung besonders auf diese Erscheinung aufmerksam und verweisen weiter darauf, daß durch die Entvölkerung vieler Ortschaften auch andere Handwerkskreise sehr stark geschädigt würden.

14. Zum Schlusse bitten wir die zuständigen Reichsministerien, uns klipp und klar Auskunft darüber zu geben, ob sie gewillt sind, die Interessen der deutschen Hartsteinarbeiter zu schützen oder nicht. Die Steinarbeiter sind der Meinung, daß sie auch dieses Mal als Kompensationsobjekt gegenüber der westdeutschen Schwereisenindustrie benutzt werden sollen. Die Reichsregierung wird auf die zollfreie Einfuhr der schwedischen Erze verweisen. Diese Ausrede kennen wir bereits seit 20 Jahren. Die Steinarbeiter können sich aber damit nicht zufrieden geben, daß man ihre Interessen auch nicht im geringsten zu schützen vermag. Um es kurz zu sagen: Können die Schweden die zollfreie Einfuhr ihrer Pflastersteine durchsetzen, so wird für die deutsche Hartsteinindustrie eine große wirtschaftliche Katastrophe eintreten, die weit über 30 000 Arbeiter in schärfster Weise schädigt.

Auch eine Anzahl Zahlstellen haben in besonderen Eingaben und Resolutionen der Reichsregierung die arbeiterschädigende Wirkung in all ihren Folgen klarzumachen versucht und es wird sich in allernächster Zeit herausstellen, ob man wirklich unsere Gründe gelten läßt, die diktiert sind von der Existenzmöglichkeit von tausenden Arbeiterfamilien, oder ob die Gründe anderer Kreise ausschlaggebend sind, die sich um Arbeiterinteressen und Schutz der heimischen Industrie nur insoweit kümmern, wie es mit ihren Geldinteressen nicht kollidiert.

Dritte Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Die dritte Tagung vom 15. bis 17. Dezember 1919 des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hatte eine so umfangreiche Tagesordnung zu erledigen, daß die vorgesehenen drei Sitzungstage nicht ausreichten, und einige wichtige Angelegenheiten für die nächste Tagung zurückgelassen werden mußten.

Der Bericht des Vorstandes lag dem Ausschuß im Druck vor. Derselbe gab Kenntnis von den Vorgängen und Akten anläßlich der Delegation zur internationalen Arbeitskonferenz in Washington, von der Regelung der gewerkschaftlichen Organisationen im neupolnischen Gebiet, von den Satzungen der Arbeitsgemeinschaft, der industriellen gewerblichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, sowie von Verhandlungen über die Stillegung von Unternehmungen, über Einstellung von Arbeiterkontrolleuren bei der Gewerbeaufsicht, über die Reform der Sozialversicherung sowie über Ernährungsfragen. Ferner enthält der Bericht sachliche Mitteilungen über die Reorganisation der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, über gewerkschaftliche Anschlußgesuche an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, über das Zusammenwirken mit sozialpolitischen Körperschaften, Gewährung von Zuschüssen an Arbeitersekretariate, über die Einrichtung gewerkschaftlicher Bezirks-Unterrichtskurse und über die Arbeitsorganisation im Bureau des Bundesvorstandes.

Die Verhandlungen über den Bericht des Bundesvorstandes wurden in 16 Unterabschnitte eingeteilt. Ueber die Zentralarbeitsgemeinschaft gab Cohen noch ein besonders instruktives Referat, das vor allem die Frage der Ausfuhrregelung eingehend behandelt. Die Debatte bewegte sich hauptsächlich um die Schwierigkeiten der Kohlenversorgung und des Transportwesens sowie um das Zustandekommen von Arbeitsgemeinschaften in der Landwirtschaft und Binnenschiffahrt. Beschlüsse wurden hierzu nicht gefaßt. Hinsichtlich der Teilnahme an der internationalen Arbeitskonferenz zu Washington legte Graßmann nochmals alle Einzelheiten dar, die den Bundesvorstand zu einer Delegation veranlaßten und die Umstände, die schließlich das Eintreffen der Delegation in Washington verhinderten. Der Ausschuß stimmte der Auffassung zu, daß die Bedingungen des internationalen Gewerkschaftskongresses zu Amsterdam, unter denen eine Delegation nach Washington zulässig sein sollte, als erfüllt zu erachten seien.

Die dem Gewerkschaftsbund angehörigen Angestelltenverbände, die mit andern Angestelltenverbänden eine Arbeitsgemeinschaft gebildet haben, erstreben anläßlich der [illegible] dieser letzteren zugleich eine Reorganisation derselben. Die Verhandlungen hierüber haben zu keinem positiven Ergebnis geführt, wohl aber zu verschiedenen Vorschlägen, von denen der des Verbandes freier Angestellten die Errichtung einer Angestelltenabteilung im Gewerkschaftsbund zur Wahrnehmung der Angestelltenintereßen empfiehlt, während der Bundesvorstand der Auffassung zuneigte, daß dann die Bildung einer eigenen Zentrale der Angestelltenverbände schon vorzuziehen sei. Die Aussprache hierüber war eine sehr umfangreiche. Ihr Resultat war, daß das Ausscheiden der Angestelltenverbände aus dem Gewerkschaftsbund abgelehnt und dem Bundesvorstand empfohlen wurde, nach Bedarf einen besonderen sachlichen Beamten für die Bearbeitung der Angestelltenfragen einzustellen. Die Verhandlungen über die Aufnahme einer vom Reich beschlossenen Lebenshaltungs- und Lohnstatistik, die 3000 Betriebe umfassen soll, und für die bereits 500 000 M. bewilligt sind, konnten nicht zum Abschluß gelangen, da über die Zweckmäßigkeit einer solchen Stichprobenaufnahme noch keine ausreichende Klärung besteht.

Infolge von Klagen über Terrorismus und Organisationszwang hat das Reichsarbeitsministerium eine Konferenz von Gewerkschaftsvertretern der verschiedensten Richtungen einberufen, in der man sich nach längerem Hin- und Herreden auf die Veröffentlichung einer den Organisationszwang mißbilligenden Erklärung einigte. Ueber den Wortlaut dieser Erklärung kam es in der Ausschußsitzung zu Meinungsverschiedenheiten [illegible] vom Ausschuß eingesetzte Redaktionskommission [illegible] verlangte, daß [illegible] einer Stellungnahme zum Organisationszwang auch [illegible] des Konzentrationsprozesses

im Organisationsleben und die Notwendigkeit einheitlicher Organisation gegenüber dem Unternehmertum betont werden müßten. Der Ausschuß beauftragt den Bundesvorstand, in diesem Sinne weiter zu verhandeln.

Ueber den Entwurf eines zur Vorbereitung einer Reform der Sozialversicherung eingesetzten Ausschusses berichtete Wissell. Die Reformen sollen sich auf die dringendsten Forderungen der Versicherten beschränken. Der Ausschuß war mit dem dargelegten Programm einverstanden.

Von seiten des Reichsbundes der Invaliden, Erwerbsbeschränkten und Erwerbsunfähigen Deutschlands wurden an den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ziemlich weitgehende finanzielle Hilfsansprüche gestellt, die der Vorstand mit dem Hinweis darauf ablehnte, daß die Gewerkschaften selbst die Vertretung der Interessen der Erwerbsbeschränkten und Erwerbsunfähigen seit jeher übernommen haben und diese in Zukunft nicht aus den Händen geben werden. Der Ausschuß stimmt dieser Auffassung zu.

Sodann berichtete H. Müller über die seitherigen Verhandlungen im Ausschuß der Nationalversammlung für das Betriebsrätegesetz, die mehrere Verschlechterungen, aber auch einige Verbesserungen herbeigeführt habe. Die Verabschiedung des Gesetzes im Plenum sei Anfang Januar zu erwarten. Der Bundesvorstand empfahl dem Ausschuß die Herausgabe einer Betriebsrätezeitung zur Schulung der in den Betrieben tätigen Arbeitervertreter in diesem neuen Aufgabenbereich. Die Notwendigkeit einer solchen Schulung wurde allgemein anerkannt. Die Meinungen gingen indes darüber auseinander, ob ein solches Organ gemeinsam für alle Gewerkschaften herausgegeben werden könne, oder ob die einzelnen Gewerkschaften solche Organe für ihre eignen Mitglieder schaffen. Vielleicht konnten auch Blätter für verwandte Berufsgruppen geschaffen werden. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt, sondern dem Bundesvorstand anheimgegeben, zunächst genaue Kalkulationen über die Kosten eines solchen Organs einzuziehen und den Vorständen mitzuteilen.

Die Schiedssprüche der Schlichtungsausschüsse können nach einer Verordnung des Arbeitsministers vom 3. September 1919 vom zuständigen Demobilmachungskommissar auf Antrag einer Partei als rechtsverbindlich erklärt werden. Obwohl sich diese Rechtsbestimmung nach dem Wortlaut der fraglichen Verordnung auf die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten während der Zeit der Demobilmachung bezieht, ist sie auch letzthin für Tarifschiedssprüche in Anwendung gekommen. Über die Zulässigkeit und Nützlichkeit dieser Rechtsanwendung waren die Meinungen in Gewerkschaftskreisen geteilt. Während Leipart für die Gewerkschaften darin einen Vorteil erblickte, wurde von Reumann (Holzarbeiter) mit großer Energie der gegenteilige Standpunkt vertreten. Der Ausschuß faßte einen Entscheid über diesen Zwiespalt nicht, sprach aber den Wunsch aus, daß auf eine Beschleunigung der Verbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen hingewirkt werden möge.

Zur Aufklärung der heimkehrenden Kriegsgefangenen über die Arbeits- und Organisationsverhältnisse in der Heimat hat der Bundesvorstand ein Merkblatt im Umfange eines 16seitigen Heftchens herausgegeben, das in den Sammelstellen der Kriegsgefangenen verbreitet werden soll. Der Ausschuß stimmte dieser Maßnahme zu.

Für den aus der Redaktion des Correspondenzblattes am 1. November d. J. ausgeschiedenen zweiten Redakteur Wilhelm Jansson, der als Sozialattaché in den Dienst der schwedischen Gesandtschaft in Berlin getreten ist, wählte der Ausschuß den seitherigen Redakteur der Metallarbeiter-Zeitung, August Quist, in Stuttgart.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ist dem Institut für Gewerbehygiene in Frankfurt a. M. beigetreten und hat den Genossen Rebholz-Frankfurt zu seinem Vertreter bestellt. Der Ausschuß bewilligte für das Institut einen Jahresbeitrag von 1000 M.

Zu den von der Sozialen Frauenschule in Berlin veranstalteten Frauenkursen zur Ausbildung für die berufliche Arbeiterin in der Wohlfahrtspflege, zu denen auch Arbeiterinnen herangezogen werden sollen, wurde ein Beitrag von 5000 M. bewilligt und die Vorstände ersucht, geeignete Bewerberinnen zur Teilnahme an den Kursen namhaft zu machen.

Für den Deutschen Gewerbeschulverband(?), dessen Tätigkeit in der Förderung des gewerblichen Fachbildungswesens besteht, wurde ein Jahresbeitrag von 100 M. beschlossen. Der gleiche Betrag wurde dem Hauptausschuß für deutsche Jugendherbergen bewilligt.

Der Bundesvorstand unterbreitete dem Ausschuß Mustersatzungen für die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Dieselben wurden mit einer redaktionellen Aenderung angenommen.

Vom Gewerkschaftskongreß waren dem Ausschuß mehrere Anträge zur Aufhebung des Belagerungszustandes im Industriegebiet und Uebernahme der Kosten der Bezirkssekretariate überwiesen. Der erstere Antrag erledigte sich infolge der inzwischen erfolgten Aufhebung des Belagerungszustandes. Hinsichtlich der Kosten der Bezirksarbeitersekretariate war der Ausschuß der Meinung, daß deren Uebernahme auf die Bundeskasse nicht zu empfehlen sei, vielmehr nur in Bedürftigkeitsfällen eine Unterstützung einzelner Sekretariate möglich wäre. In diesem Sinne soll der Bundesvorstand von Fall zu Fall prüfen und helfend eingreifen.

Eine nochmalige Aussprache fand statt über die auf dem Internationalen Gewerkschaftskongreß in Amsterdam abgegebene Erklärung Sassenbachs hinsichtlich der Schuldfrage am Kriege und der demgegenüber veröffentlichten Erklärung des Bundesvorstandes. Der Ausschuß nahm die betreffenden Erklärungen zur Kenntnis und erachtete dieselben durch die Aussprache für erledigt. Dem Anschluß an den Internationalen Gewerkschaftsbund stimmte er zu und wählte Legien als Vertreter der deutschen und deutsch-österreichischen Gewerkschaften.

Sodann beschloß der Ausschuß die Veranstaltung einer Hilfsaktion für die Arbeiterschaft Deutschösterreichs. Es sollen Sammlungen für die deutsch-österreichischen Gewerkschaften eingeleitet und den letzteren sofort aus den Kassen der Verbände ein Betrag von 1 Million Mark auf Konto der Sammlungen übermittelt werden.

Da im Ruhrrevier vielfach die Arbeit wegen Kohlen- und Materialmangel unterbrochen werden muß, so wurde eine Regelung der Entschädigung der Betroffenen entsprechend der Regelung im Januar 1919 gewünscht. Als zweckmäßig wurde eine Dritteilung des Schadens [illegible] zwei Drittel des Ausfalls vom Arbeitgeber [illegible] bekommen.

[illegible] wurde dem Anschluß der [illegible] an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund [illegible] auf gewerkschaftlichem Boden [illegible] Mitglieder. [illegible] wurde der Anschluß des [illegible] Der Anschluß des [illegible] weil dieser sich weigert, [illegible] einen Kartellvertrag [illegible] der Molkereifachleute(?) wurde abgelehnt [illegible] Kartellvertrag mit dem Landarbeiterverband [illegible] Der Aufnahmeantrag des Werkmeister- [illegible] um nähere Ermittelungen [illegible]

[illegible] Kampfmittel [illegible] Tagesordnung der nächsten [illegible] Bauarbeiterverbandes wurde [illegible] Grundsätze der Gewerkschaften [illegible] Aufklärung [illegible] der Gewerkschaften einzutreten.

Deutsche Wirtschaftsziele.

[illegible] Wirtschaft [illegible]

tritt dem Charakter der deutschen Arbeit, der deutschen Auffassung des Arbeitsbegriffs, dem Wesen des deutschen Arbeitswillens und der deutschen Arbeitsethik. Das deutsche Volk ist in seinem inneren Wesen das geborene Arbeitsvolk. Seine ethnologische Beschaffenheit und die geographische Lage, sowohl in politischer, wie klimatischer, wie bodentechnischer Hinsicht, haben es mit diesem Arbeitscharakter ausgestattet, der physisch wie psychisch zur Selbständigkeit und Selbstverantwortung drängt und jede mechanische Sklavenarbeit als etwas Unnatürliches von sich weist. Besteht die siegreiche Entente auf der Versklavung Deutschlands, dann wird das deutsche Volk seine Konsequenzen daraus zu ziehen wissen, und man kann es verstehen, wenn schon heute ein so scharfsinniger Wirtschaftspsychologe wie Wissells Mitarbeiter W. von Moellendorff als die Grundforderung der Gegenwart die ausspricht, „uns mehr denn je auf die **Urproduktion** zu konzentrieren."

Die durch politischen Zwang und den Zwang unserer schlechten Valuta herbeigeführte Abschnürung Deutschlands vom Weltmarkt, vor allem von seinen Rohstofflagern, wird in der Tat unsere landeseigene Urproduktion, die Hebung der Schätze **unter** der Erdoberfläche und **auf** dem Ackerboden, zum Ausgangspunkt jeder weiteren Wirtschaft machen müssen. Darum sind das Bergbauproblem (Kohle, Kali, Eisen) und das Agrarproblem die Hauptfragen der Gegenwart. Bei beiden handelt es sich überwiegend um private Besitzmonopole, deren schwerwiegende Bedeutung uns Marx-Engels klar gemacht haben. Sie führen naturgemäß zum Problem der Sozialisierung. Beim **Bergbau** ist das bereits ziemlich allgemein anerkannt, auch in nichtsozialistischen Kreisen, z. B. von den bürgerlichen Bodenreformern, aber auch von konservativen, demokratischen und Zentrumspolitikern. Bei der **Landwirtschaft** hat man sich noch nicht zu dieser Klarheit durchgerungen und selbst ein Moellendorff ist hier manchesterlich blind. „Die Landwirte bringen", so sagt er, „alles Zeug mit sich, um ausgezeichnete Gemeinwirtschafter zu sein." Er übersieht, daß der Landwirt von heute nicht mehr der von 1912 ist. Die Drachensaat des Landbundes hat in den Agrariern das Gemeingefühl geschwächt und den Profitgedanken aufs höchste gesteigert. Moellendorff ist so verblendet, daß er selbst in dem Kampfaufruf des agrarischen Reichsausschusses vom 20. November, allerdings „zwischen den Zeilen", so etwas wie „den guten Willen" meint herauslesen zu dürfen. Es wäre gewiß herrlich, wenn die deutschen Landwirte nur etwas von einem solchen auf Gemeinwirtschaft und nicht bloß auf Eigenprofit gerichteten „guten Willen" in die Tat umsetzen wollten. Leider läßt ihre Kampfmethode keine Hoffnung in dieser Richtung aufkommen, und so stehen wir vor der komplizierten Frage: Wie entfalten wir die agrarische Urproduktion zur vollen Höhe?

Gelingt es uns erst einmal, das deutsche Volk, das ja so bescheiden in seinen Ansprüchen geworden ist, in der Hauptsache aus der eigenen Landwirtschaft zu ernähren, so wäre damit der erste wichtige Schritt zum wirtschaftlichen Wiederaufbau getan. Steht die deutsche Landwirtschaft aber als Fremdkörper im Volke, steht sie den darbenden Konsumenten weiter feindlich gegenüber, so müssen andere Mittel und Wege gefunden werden, um den deutschen Volksboden zum höchsten Ertrag zu bringen und uns in der Ernährungsfrage vom Auslande möglichst unabhängig zu machen — um zunächst wenigstens auf diesem Gebiete eine **eigendeutsche** Wirtschaft etablieren zu können.

Rundschau.

Der Verband der Steinarbeiter Oesterreichs beruft seinen 7. Verbandstag für die Zeit vom 3. bis 5. April 1920 nach **Wien**, im Arbeiterheim Kreitnergasse 31/33.

Zuschüsse für Notstandsarbeiten. Wie uns mitgeteilt wird, ist die Zuschußfrist für Notstandsarbeiten allgemein bis zum 30. Juni 1920 verlängert worden. Diese Verlängerung erstreckt sich jedoch nur auf solche Arbeiten, die durch Feststellungsbescheide als zuschußberechtigt anerkannt sind und bei denen die zuschußberechtigten Friedenskosten die Mindestgrenze von 10 000 M. übersteigen. Es ist dies ein Erfolg der beiderseitigen Organisationen in der Steinindustrie.

Wie soll man sozialisieren? Im „Grundstein" schildert L. Bossi die Bauarbeitergenossenschaften in Italien. Er legt einleitend die Voraussetzung zu jeder Sozialisierung fest, indem er bemerkt:

Das andauernde Rufen nach Maßnahmen der Regierung, um die Sozialisierung der Produktionsmittel in die Wege zu leiten, fängt an, lächerlich zu wirken. Man hat den Eindruck, daß sich dahinter eine recht große Hilflosigkeit verbirgt, eine Ratlosigkeit und zugleich ein Mangel an Zuversicht in die eigene Kraft, weshalb man nach guter alter deutscher Tradition nach oben schaut und von dort alles Heil erwartet.

Zu verwundern ist das schließlich nicht. Die deutsche Arbeiterbewegung hat sich vor dem Kriege wenig Kopfzerbrechen darüber gemacht, wie man sozialisieren könnte; sie hat sich damit begnügt, den Gedanken nur so ganz allgemein zu propagieren. Sie hat sich ängstlich gehütet, auch einmal selbst etwas zu probieren, etwas Neues zu schaffen, Mittel zu suchen, um den Kapitalismus mit seinen eigenen Waffen zu schlagen. Und gerade diejenigen, die heute wie besessen nach der Sozialisierung schreien und sich dabei wunder wie aufgeklärt und revolutionär vorkommen, gerade die sind es, die die alte verkehrte Richtung auch fernerhin einschlagen möchten. Hätte man früher in Deutschland den **Genossenschaftsgedanken** besser gefördert, die finanzielle Macht der Gewerkschaften in dessen Dienst gestellt, dann hätten wir heute ganz andere Ansätze zum Sozialismus, dann hätte vor allen Dingen die große Masse der Arbeiter etwas mehr von jenem sozialistischen Geist in sich, ohne den nun einmal eine Sozialisierung nicht möglich ist.

Bossi legt weiter auseinander, warum und wie die italienische Regierung die Genossenschaften gefördert habe und meint, in Deutschland müßten vor allen Dingen aus der Genossenschaftsgesetzgebung alle jene Bestimmungen ausgemerzt werden, die einer vollen Entwicklung hinderlich seien:

Denn auf dem Genossenschaftswege kommen wir am schnellsten zur Sozialisierung. Und auch wir müssen jetzt alle Mittel anwenden, die kapitalbildend wirken, um aus dem jetzigen Elend herauszukommen.

Endlich weist Bossi noch auf den hohen idealen Sinn hin, von dem jene italienischen Genossenschaften durchdrungen seien, der jede öde Profitmacherei ausschließe, die Ueberschüsse in weitgehendem Maße gemeinnützig verwende und eine bewunderungswürdige Hingabe an den Betrieb und ruhige, freiwillige Unterordnung unter die eingesetzte Leitung mit sich bringe. Mit dem gegenwärtig grassierenden Egoismus und der vielfach hervortretenden Unbotmäßigkeit komme man nicht zum Sozialismus.

Ungenützte genossenschaftliche Kraft. Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine besitzt zwei technische, auf Höchstleistung eingerichtete Seifenfabriken. Das der Großeinkaufsgesellschaft zugebilligte Fabrikationsquantum Fein- und Kernseife reicht bei weitem nicht zur Deckung des zulässigen Bedarfs der Mitglieder der angeschlossenen Vereine. Hier ist Abhilfe dringend nötig. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hat die Angelegenheit zum Gegenstand einer ausführlich begründeten dringlichen Eingabe an das Reichswirtschaftsministerium gemacht, die den Erfolg hatte, daß das Ministerium durch Bescheid vom 4. November mitteilte, die Seifenherstellungs- und -vertriebsgesellschaft sei veranlaßt worden, der Großeinkaufsgesellschaft für die ihr angeschlossenen Konsumvereine ein ganz wesentlich erhöhtes Quantum Fein- und Kernseife monatlich zur Verfügung zu stellen. Damit ist den berechtigten Forderungen der Konsumvereinsmitglieder in einigermaßen befriedigender Weise entsprochen und zugleich dem Schleichhandel unzweifelhaft in wirksamer Form Abbruch getan. Die Konsumvereine werden für ordnungsgemäße Verteilung der ihnen zugewiesenen Seifen an die von ihnen beziehenden Verbraucher Sorge tragen.

Gesamtvorgehen in der Wohnungsfrage. In unserer demokratischen Zeit haben im öffentlichen Leben nur diejenigen Wünsche Aussicht auf Erfüllung, die von dem einheitlichen Willen großer Massen getragen werden. Diese Lehre hat auch die deutsche Wohnungsreformbewegung schon seit langem beherzigt. Im allgemeinen herrscht in ihren Hauptwünschen schon seit geraumer Zeit weitgehende Uebereinstimmung und wiederholt hat sie sich zu einheitlichen großen Vorstößen zusammengefunden, so z. B. 1911 auf dem Zweiten Deutschen Wohnungskongreß und 1912 auf der Zweiten Deutschen Wohnungskonferenz. Vor drei Jahren, Ende 1916, ist es dann durch Gründung des Deutschen Wohnungsausschusses, in dem die bedeutendsten für eine großzügige Wohnungs- und Siedlungsreform eintretenden Organisationen zusammengetreten sind, zu einem dauernden organisatorischen Zusammenarbeiten der ganzen Wohnungsreformbewegung gekommen, und durch das Mittelglied der angeschlossenen großen Organisationen — darunter die hervorragendsten Arbeiter-Angestelltenorganisationen fast aller Richtungen —, die zusammen viele Millionen Mitglieder umfassen, stehen gewaltige Massen der Bevölkerung hinter diesen Bestrebungen. Der Deutsche Wohnungsausschuß hat in den drei Jahren seines Bestehens eine umfassende Tätigkeit entfaltet und ist wiederholt durch große Kundgebungen nachdrücklich für die Wünsche und Bedürfnisse dieser Massen eingetreten. Er hat jetzt einen zusammenfassenden Rechenschaftsbericht über diese seine Tätigkeit herausgegeben, der zugleich ein gutes Spiegelbild der Wünsche und Wandlungen auf dem ganzen Gebiete in dieser bewegten Zeit bietet. Er kann von der Geschäftsstelle des Deutschen Wohnungsausschusses Berlin-Schöneberg, Neue Steinmetzstraße 4, bezogen werden. Auch für die nächste Zukunft stehen wichtige Entscheidungen bevor, z. B. betr. die Maßregeln zur Wiederbelebung unserer Bautätigkeit, bei denen der Deutsche Wohnungsausschuß nach Kräften mitzuwirken gedenkt.

Berufsgefahren.

Schwerer Unfall durch Explosion von Sprengkapseln. „In einem großen Steinbruche des Odenwaldes wurde vor einiger Zeit ein Steinbrecher beim Reinigen eines Bohrloches derart schwer verletzt, daß er in erwerblichen Sinne als völlig erblindet anzusehen ist. Der Unfall ist um so bedauerlicher, weil er durch den sträflichen Leichtsinn eines Mitarbeiters des Verletzten veranlaßt worden ist.

Der Brecher wollte ein vor Wochen gebohrtes 4,5 Meter tiefes senkrechtes Bohrloch von Wasser und Bohrschlamm reinigen; das Bohrloch war noch ungeladen und frei von Sprengstoff, es war auch noch nicht vorgeschossen. Als er die Schlammpumpe in das bis zum Rande mit Wasser angefüllte Bohrloch einführen wollte, stieß er in geringer Tiefe auf ein Hindernis. Es wurde festgestellt, daß das Bohrloch durch zerklüftetes Gestein führte und daß sich schon beim Bohren kleine Steine losgelöst und an der Bohrlochwand festgeklemmt hatten. Der Verletzte nahm also an, daß sich in dem Bohrloch wiederum ein kleines Steinchen gelöst und festgeklemmt habe und holte einen 2,5 Meter langen eisernen Bohrer, um damit das Hemmnis hinabzustoßen. Beim zweiten Stoß erfolgte eine Explosion, die ihm im Gesicht und an den Augen schwer verletzte.

Zunächst war die Ursache des Unfalls unerklärlich. Bei genauerer Untersuchung des Bohrlochrandes fand man jedoch eine Anzahl kleine Metall- und Drahtteilchen, die von Sprengkapseln herrührten. Es stand hiernach fest, daß die Explosion durch Sprengkapseln verursacht worden ist. Nach der Menge der gefundenen Metallstückchen mögen etwa 6—7 Kapseln zur Explosion gekommen sein und die gefundenen Drahtstückchen deuten darauf hin, daß sogenannte Glühzünder für elektrische Zündung in Frage kommen. Es war nicht zu ermitteln, wie die Sprengkapseln in das Bohrloch gelangt sind, mit Sicherheit ist aber anzunehmen, daß ein im Betriebe tätiger und vielleicht auch bei der Schießarbeit verwendeter Arbeiter die Sprengkapseln heimlich zurückbehalten hat, statt sie an die Ausgabestelle zurückzuliefern. Wahrscheinlich bot sich keine Gelegenheit zu ihrer Verwendung, er wollte sie los sein und warf sie deshalb in das mit Wasser angefüllte Bohrloch in der Meinung, das Wasser werde sie unschädlich machen. Bei gewöhnlichen Zündkapseln wäre dies wohl auch der Fall gewesen, nicht aber bei Glühzündern. Würden die Kapseln auf den Bohrlochgrund gefallen sein, so wäre aller Voraussicht nach kein Unfall entstanden, da sich aber im Bohrloch unglücklicherweise ein Stein festgeklemmt hatte, so blieben sie auf demselben liegen und der Stoß mit dem Bohrer mußte sie zur Entzündung bringen.

Der Verletzte ist somit das Opfer unglaublichen Leichtsinns eines seiner Mitarbeiter geworden. Wären gemäß § 15 der Schießinstruktion die nicht verwendeten Sprengmittel wieder an die Ausgabestelle zurückgeliefert worden, so hätte der Unfall nicht entstehen können." Die Zeitschrift der **Steinbruchs-Berufsgenossenschaft** vom 15. Dezember 1919, der wir diese Schilderung entnehmen, schließt dieses traurige Vorkommnis mit der Aufforderung an Schießmeister und Steinbruchsarbeiter, daß sie sofort die beim Sprengen nicht verwendeten Sprengmittel an die Ausgabestelle wieder abgeben. Nur dadurch kann man sich und andere vor Schaden bewahren. Dem können wir nur zustimmen.

Quittung.

Vom 9. November bis 13. Dezember sind bei der Hauptkasse folgende Gelder eingegangen:

Sorau 25.—, Stade 4.90, Blauberg 35.—, Hamburg 1406.—, Kirn a. d. N. 680.06, Prenzlau 52.32, Adelebsen 1595.50, Gravenhorst 330.46, Hauzenberg 33.18, Kirn 1000.—, Lengfurt 170.—, Roth v. d. Rhön 183.88, Rammelsbach 96.—, Ulm 17.70, Werthofen 12.38, Blankensee 9.—, Rochlitz 14.70, Hochlar 20.—, Merseburg 13.—, Karlsruhe Div. 194.—, Pforzheim 200.—, Herdecke 105.38, Dürrörnsdorf 360.26, Breitenborn 300.—, Braunschweig 150.—, Brüm 13.65, Klipphausen 10.—, Brügge 10.—, Groß-Räschen 9.—, Auenkirchen 402.—, Frankfurt 1000.—, Kruft 1466.04, Ködiß 423.65, Langenaltheim 836.39, Senften 712.06, Volkmarsen 250.—, Dossenheim 91.50, Neubau Div. 2.20, Neukölln 9.40, Lenzkirch 4.—, Werries 13.—, Hadersleben 77.50, Fulda 20.50, Wriezen 20.—, Bentschen 10.—, Brunsbüttelhafen 9.60, Freudenstadt 6.—, Isny 6.—, Forst 1.50, Ansbach 74.54, Eichenbühl 100.—, Kottbus-Guben 44.—, Ebendorf 20.37, Grünberg 75.18, Maulbronn 32.24, See-Sprottz 123.—, Sulzfeld 258.70, Landsberg (Schwerz) 96.50, Essen 298.332, Eschenstruth 146.04, Enspel 4410.16, Falkenberg 12.—, Ignaberga 10.—, Hirschberg 6.—, Bühl 9.80, Hornberg 135.—, Plauen 360.—, Randensacker 29.10, Unternesselbach 24.85, Tuntschendorf 68.—, Nieder-Ramstadt 300.—, Löbejün 600.—, Kirchenlamitz 500.—, Büchlberg 300.—, Becke-Gummersbach 700.—, Albersweiler 100.—, Obernburg 9.—, Klötze 7.—, Traunstein 6.50, Lübeck 18.90, Gießen 23.63, Rudolstadt 4.80, Stadtilm 5.—, Weidenberg 10.51, Grimma 550.—, Albersweiler 100.—, Gutenstein 30.15, Hall 14.40, Maroldsweisach 352.—, Schriesheim 312.40, Wetzlar 468.18, Roßbach 24.10, Eibelstadt 103.46, Albersweiler 100.—, Bochum 66.40, Briesen 64.20, Lauterbach 8.75, Stettin 12.60, Münder 8.—, Hamm 10.—, Nürnberg 5.—, Mehlingen 4.—, Rückers 1.50, Albersweiler 100.—, Tüdelsheim 200.—, Königsberg 513.95, Pforzheim 142.76, Römhild 200.—, Rupbach 367.45, Kirn a. d. N. 300.—, Hohenleuben 420.—, Köln II 200.—, Berrwaldermühle 58.18, N.-Marsberg 32.80, Dornreichenbach 700.—, Landsberg 0.50, Radebeul 25.—, Mayen 3804.58, Obereichenbach 26.52, Otting 400.—, Volkmarsen 200.—, Wahnitz 87.10, Merseburg 2.60, Ermsleben 5.—, Wanzleben 15.40, Weinböhla 8.20, Ludwigsburg 8.—, Langenbiebach 13.—, Rochlitz 14.70, Zöblitz 500.—, Solnhofen 500.—, Rammelsbach 1000.—, Oberaula 200.—, Heidingsfeld 2.49, Hernhaide 264.—, Heppenheim 400.—, Groß-Kunzendorf 1600.—, Danzig 88.—, Albersweiler 93.26, Dornap 300.—, Goldberg 300.—, Naumburg 33.21, Neandertal 109.65, Reichenbach 1400.—, Elberfeld 2.—, Weidenberg 18.96, Gießen 12.—, N.-Schreiberhau 34.—, Landstuhl 6.—, Weißenburg 10.50, Metten 500.—, Kottenheim 400.—, Kappelrodeck 600.—, Greifswald 452.—, Stade 87.—, Crimmitschau 15.—, Aus 10.—, Haslach 10.10, Nieder-Oderwitz 21.—, Neustadt a. H. 19.60, Amberg 20.—, Becke-Gummersbach 700.—, Amberg 7.—, Homberg 514.40, Roth (Dillkr.) 415.15, Tunschendorf 300.—, Ittersbach 77.44, Elkenroth 102.—, Lübben 7.—, Arnswalde 5.—, Dobrilugk 6.20, Leipzig 112.85, Friesen 10.50, Demitz 2000.—, Bernburg 500.—, Gellnau 500.—, Frohberg 300.—, Großschlattengrün 300.—, Ködiß 66.60, Maroldsweisach 352.—, Niederlinda 490.—, Friedrichshegen 10.—, Fürstenberg 45.—, Unterzell 14.—, Hemigkofen 5.20, Prölsdorf 2.60, München 42.— Landeck 143.77, Hamburg 880.—, Frankfurt a. M. 700.—, Dortmund 200.—, Danzig 88.—, Mosheim 666.20, Riesa 156.—, Wüstegiersdorf 76.10, Jauer 10.—, Vlotho 12.—, Graudenz 18.—, Lahr 4.90, Rudolstadt 4.80, Baumholder 1.50, Berel 22.—, Mauer 403.51, Kirn a. d. N. 100.—, Carlshafen 135.—, Diez 100.—, Bremen 600.—, Diez 100.—, Kirn a. d. N. 200.—, Ostritz 88.—, Vorbrück 18.—, Falkenberg 10.—, Kirchheim (N.-L.) 7.—, Nieder-Salzbrunn 4.—, Steglitz Div. 7.—, Tettnang 4.90, Grünewalde 4.90, Essenberg 15.—, Freiberg 18.—, Grimma 6.—, Walldürn 106.54, Münster 176.—, Langenaltheim 697.19, Kirn a. d. N. 100.—, Friedenfels 660.56, Bayreuth 238.70, Dörnberg 1110.—, Mühlbach 500.—, Rammelsbach 700.—, Dornreichenbach 100.—, Fürstenstein 700.—, München 1000.—, Niedermendig 600.—, Passenhofen 400.—, Rammelsbach 100.—, Merseburg 15.—, Braunschweig 4.20, Ober-Weischitz 12.— M

Ludwig Geist, Kassierer.